



Geschichtsbilder

*jüdischer Migrant_innen aus der ehemaligen
Sowjetunion in der Bundesrepublik und Israel*

Impressum

Herausgeber:

Initiative »Geschichte vermitteln«

c/o Projekt Verein e.V.,

Koburger Straße 3,

04277 Leipzig

Kontakt:

www.geschichtsbilder.tk

geschichte@public-ip.org

Erscheinungsdatum: Januar 2010

Gestaltung und Satz: Michael Mallé

Übersetzung Russisch/Englisch: Alexej Dörre

Druck: Dreigroschendruck Berlin

Auflage: 2.000

V.i.S.d.P.:

Paul Lüdke, Karl-Liebknecht-Straße 12, 04107 Leipzig

Nachdrucke der Texte mit Quellenangabe sind erwünscht. Die Rechte für die verwendeten Fotos liegen, wenn nicht anders gekennzeichnet, bei den jeweiligen Fotograf_innen. Die Fotos entstanden während unserer Fahrt in Israel.

Fotos auf der Seite 33: »Untold Stories – The Murder Sites of the Jews« <http://www1.yadvashem.org/untoldstories/nevellcommemoration.html>

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den/ die Adressat_in Eigentum des/der Absender_in. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Broschüre sind unter Angabe von Gründen an den/die Absender_in zurück-zusenden.

Gefördert im Rahmen des Förderprogramms der Geschichtswerkstatt Europa aus Mitteln der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«.

 **GESCHICHTSWERKSTATT
EUROPA**



Inhalt der Broschüre

3	<i>Einleitung</i>
7	<i>Vom Fragment der Erinnerung zum Geschichtsbild</i>
17	<i>Die Shoah in den besetzten Gebieten der Sowjetunion</i>
27	<i>Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion von 1941 bis 1990 und der Umgang mit der Shoah in der Sowjetunion</i>
38	<i>Emigration aus der Sowjetunion</i>
48	<i>Neuregelung oder Einwanderungsstopp?</i>
54	<i>»Jüdischsein« in der Sowjetunion, der Bundesrepublik und in Israel</i>
60	<i>Glossar</i>
64	<i>Ortsregister</i>
66	<i>Danksagung</i>



Einleitung

Über die Shoah, die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, auf dem von Deutschen besetzten Gebiet der *Sowjetunion (SU)* ist in Deutschland relativ wenig bekannt. Weder die Namen der Lager oder Ghettos noch die Stätten der Massenmorde sind vielen ein Begriff. Ganz zu schweigen von den Lebensgeschichten der Betroffenen, der Ermordeten, der Überlebenden und deren Familien. Wenn überhaupt werden Russland, die Ukraine, Weißrussland und die baltischen Staaten als Kriegsschauplätze empfunden. Stalingrad ist zum Symbol für den verheerenden Ostfeldzug der deutschen Wehrmacht geworden. Dass in den von Deutschen besetzten Teilen der SU nahezu alle Jüdinnen und Juden, die nicht fliehen konnten, systematisch von Wehrmacht und Sonderkommandos ermordet wurden, ist weitgehend unbekannt.

Diese Wissenslücke, sowohl persönlich als auch gesellschaftlich, ist der Auslöser dafür, uns dem Thema Shoah auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und deren Umgang nach 1945 zu nähern.

Teilweise mit Erstaunen haben wir festgestellt, dass in der (deutschsprachigen) Literatur zu diesem Thema nicht viel zu finden ist, erst in jüngster Zeit wird sich auch in der Geschichtswissenschaft mit der Shoah im Osten, genauer östlich von Polen, auseinander gesetzt. Ein wichtiges Ereignis ist sicherlich die Veröffentlichung und Übersetzung von Wassili Grossmans *Leben und Schicksal*. Der Roman, der bereits 1963 fertig gestellt wurde, durfte in der Sowjetunion nie publiziert werden und ist auch in Deutschland erst seit 2007 breit erhältlich. Grossmann erzählt darin eindringlich über alle Schrecken, die mit dem Zweiten Weltkrieg und dem na-

tionalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus für die Menschen in der Sowjetunion verbunden waren. In dem Roman und der Geschichte um dessen Veröffentlichung finden sich auch Gründe für die relative Leerstelle, die die Shoah in der SU bildet. An die Ermordungen und spezifischen Erfahrungen jüdischer Menschen zu erinnern, war nicht staatskonform. Die Shoah hat nicht in das offizielle Geschichtsbild gepasst, in die Helden erzählung des *Großen Vaterländischen Krieges*, wie der Zweite Weltkrieg noch heute heißt. Die sowjetische Gesellschaft duldete kein partikulares Erinnern, alle Opfer waren »Opfer des Faschismus« und die Bürger_innen Held_innen. So wurden die Opfer der Shoah den zivilen Opfern zugerechnet und Bemühungen ein anderes Bild zu zeigen, wie es z.B. Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg mit dem *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden* versuchten, als antisowjetisch verurteilt. Deshalb gab es innerhalb der Sowjetunion keine historische Forschung und kaum Veröffentlichungen zu dem Thema. Gleichzeitig führte der Antisemitismus in der sowjetischen Gesellschaft nach dem Krieg dazu, dass neben dem offiziellen Erinnern, also dem Verschweigen der Shoah, kaum ein inoffizielles stattfinden konnte. Jüdinnen und Juden, die Lager überlebt hatten, deren Familienangehörige deportiert und ermordet wurden, die vor den Deutschen flüchten mussten, hatten keinen öffentlichen Ort, an dem ihre Geschichte gehört wurde. Auch um Freund_innen und Familie vor weiterer Verfolgung zu schützen, blieben viele Erlebnisse unerzählt. Es kann so deutlich gesagt werden: Die Shoah wurde in der Sowjetunion verschwiegen.

Daraus leiteten sich für uns die Fragen ab: *Was bedeutet(e) das für die Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion? Wie war ein Leben nach den Erfahrungen der Vernichtung in der Sowjetunion möglich? Inwiefern wurde über die Shoah gesprochen?*

Fragen, die schwierig zu beantworten sind, besonders, wenn die Literatur keine oder kaum Antworten bietet. Auf der Suche nach Antworten und während der Diskussion um die Fragestellung wurde deutlich, dass wir direkt mit sowjetischen Jüdinnen und Juden sprechen möchten und auch müssen. Wer sollte besser darüber reden können, ob oder wie jüdisches Leben möglich war und wie mit der Shoah umgegangen wurde?

Viele der jüdischen Menschen aus der (nun ehemaligen) Sowjetunion verließen diese – aus den unterschiedlichsten Gründen. Die Hauptauswanderungsziele sind neben den USA Deutschland und Israel, vornehmlich, weil die gesetzliche Lage in diesen beiden Ländern die Migration relativ unproblematisch erlaubt. In beiden Ländern wird sich, aus unterschiedlichen, ja teilweise gegensätzlichen, Gründen mit der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg auseinandergesetzt. Der Umgang mit der Shoah ist jedoch grundsätzlich verschieden, die offiziellen und inoffiziellen Geschichtserzählungen gleichen sich nicht. Deutschland, das Land der Täter_innen, besitzt einen komplexen und widersprüchlichen Umgang mit der Shoah. Dieser ist gekennzeichnet von individueller Schuldabwehr, dem Verlangen nach einem Schlussstrich unter die Geschichte sowie latentem wie manifestem Antisemitismus. Parallel dazu findet eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem offi-

ziellen Erinnern statt, die sich beispielsweise im Mahnmal für die europäischen Juden in Berlin manifestiert. Mit diesem Umgang sind die einwandernden Jüdinnen und Juden konfrontiert.

Israel gründete sich auch aufgrund des deutschen Vernichtungsantisemitismus, um einen sicheren Ort für alle Jüdinnen und Juden zu schaffen. Das Gedenken und Erinnern an die Ermordeten und die Überlebenden sind Teil des alltäglichen Lebens und des staatlichen Selbstverständnisses. Das ist für jüdische Migrant_innen aus der Sowjetunion eine vollkommen neue Erfahrung, die das subjektive Geschichtsbild beeinflussen kann.

Beide Länder verstehen sich als Einwanderungsländer für sowjetische Jüdinnen und Juden. Uns interessierten die Geschichten der Menschen aus der Sowjetunion, die nach Deutschland oder Israel auswanderten.

Gibt es spezifische Konflikte, die aus den verschiedenen Geschichtsbildern entstehen? Verändert sich das Wissen und der Umgang mit der Shoah nach der Migration? Verändern die Eingewanderten das (jüdische) Leben in den Zielländern?

Aus all diesen Überlegungen, Diskussionen und Fragen entwickelten wir das Projekt *Geschichtsbilder jüdischer Migrant_innen aus der ehemaligen Sowjetunion in der Bundesrepublik und Israel*, dessen Ergebnisse in dieser Broschüre vorgestellt werden. Migrant_innen wurden in beiden Ländern anhand eines Leitfadens interviewt, Auszüge aus den Interviews finden sich in den Texten wieder, dabei haben wir auf sprachliche Korrekturen verzichtet, um nicht interpretatorisch einzugreifen. Das Projektteam setzt sich

nicht homogen zusammen, manche studieren oder promovieren, einige arbeiten in der politischen Bildungsarbeit, wir sind Geschichtswissenschaftler_innen, Geograf_innen, Politolog_innen oder gar keine Wissenschaftler_innen, alle verstehen sich als Antifaschist_innen. Unser Zugang zum Thema ist kein wissenschaftlicher.

VOM FRAGMENT DER ERINNERUNG ZUM GESCHICHTSBILD klärt zunächst, was unter einem Geschichtsbild verstanden wird, und kontrastiert die offizielle Politik der Sowjetunion mit den individuellen Erinnerungen der Interviewten. Das Verschweigen der Shoah und die antisemitischen Diskriminierungen drücken sich auch in den Geschichtsbildern jüdischer Migrant_innen aus. Darüber hinaus wird gezeigt, wie die sowjetischen Auswander_innen den Umgang mit der Geschichte in den Einreiseländern verändern, besonders eine Neubewertung bzw. Aufwertung der Roten Armee findet in den jüdischen Gemeinden in Deutschland und in der israelischen Gesellschaft statt.

Der nächste Text beschäftigt sich mit dem historischen Hintergrund dieser Erinnerungskultur. **DIE SHOAH IN DEN BESETZTEN GEBIETEN DER SOWJETUNION** erläutert das

Ausmaß der Verbrechen gegen Jüdinnen und Juden. Deutlich wird, dass die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Teil des militärischen Feldzugs war. Die Nationalsozialist_innen gingen nach den Kriegserfahrungen in Polen noch systematischer vor. Wer nicht fliehen konnte, hatte kaum Überlebenschancen. Neben den deutschen Verbrechen diskutiert der Text die Beteiligung jüdischer Kämpfer_innen sowohl in der Roten Armee als auch bei den Partisan_innen.

Wie in der Sowjetunion mit der Shoah umgegangen wurde, beschreibt **JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION**. Die Zeit von Kriegseintritt bis Kriegsende ist gekennzeichnet von unterlassener Hilfeleistung seitens der Kommunistischen Partei. Obwohl die Ausmaße der Vernichtung bekannt waren, wurden keine Hilfspläne erarbeitet. Das *Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK)* bemühte sich um Aufklärung und Warnung der Bevölkerung und sammelte Erfahrungen von Jüdinnen und Juden während des Krieges. Aus der Arbeit des JAFKs entstand kurz nach dem Krieg das oben erwähnte Schwarzbuch, das die Vernichtung des Jüdischen dokumen-



tierte. Das Buch wurde 1947 fertig gestellt, aber in der Sowjetunion verboten. Zuvor galt es als antisowjetisch, der Jüdinnen und Juden sollte nicht gedacht und die Kollaborationen der Bevölkerung verschwiegen werden. Dies entspricht dem Umgang mit der Shoah in der SU, wie der Artikel ausführlich beschreibt. Der Antisemitismus in der Sowjetunion war staatlich getragen, »Zionist_innen« (gemeint waren Jüdinnen und Juden) galten als antisowjetisch. Der Artikel nennt einige Beispiele für den Antisemitismus der sowjetischen Gesellschaft, der in den 1970er Jahren zur ersten großen Ausreisewelle nach dem Zweiten Weltkrieg von Jüdinnen und Juden führte.

Die Gründe nach Deutschland oder Israel auszuwandern sind vielfältig und unterschiedlich, sie werden in **EMIGRATION AUS DER SOWJETUNION** veranschaulicht. Die Schwierigkeiten, die jüdische Migrant_innen in den Einreiseländern haben bzw. haben können, wie Diskriminierungen und Integrationsprobleme, werden diskutiert und mit Beispielen aus den Interviews bebildert.

NEUREGELUNG ODER EINWANDERUNGSSTOPP? erklärt die Einwanderungsregelungen vor allem in Deutschland seit 1990 und

macht deutlich, dass die Gesetzesänderungen von 2007 eine klare Verschärfung der Zuwanderungsregelungen darstellen, was auch die Zahlen der bewilligten Anträge belegen.

Der Artikel »**JÜDISCHSEIN**« **IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL** diskutiert, inwiefern sich das spezielle Thema des eigenen »*Jüdischseins*« für die Ausgewanderten verändert hat. Im Beitrag fassen wir die Ergebnisse zusammen und zeigen die Differenzen zwischen dem Leben in Deutschland und in Israel auf. Wichtigster Unterschied ist sicherlich, dass jüdisches Leben, Kultur wie Religion, in Deutschland beinahe ausschließlich innerhalb der Gemeinden stattfindet, während es in Israel gesellschaftlich verankert und öffentlich ist.

Wir hoffen die Auseinandersetzung um die Shoah in der Sowjetunion und die Situation für jüdische Migrant_innen mit unseren Texten zu befördern und freuen uns über Rückmeldungen.

Die Projektteilnehmer_innen im Januar 2010.





Conceptions of history

The article deals with the perception of history of Jewish migrants from former Soviet Union states. Basing on interviews done in German Jewish communities and in Israel it points out the most important fields of remembering concerning the Shoah, World War II and Jewish life in the Soviet Union. Combined together a collective perception of history is drawn. Due to the migration the Jewish narrative in Germany and Israel changed. The emphasis on the role of Jewish fighters in

the Red Army has significantly changed the official way of remembrance and the 9th of May now is celebrated as the Victory Day.

Also the individual perceptions of history changed. Because of the accessibility of information and without official restrictions the Shoah became more than just a detail of the Great Patriotic War. The singular crimes of the National Socialist Germany and its allies became an important part of their perception of history.

Vom Fragment der Erinnerung zum Geschichtsbild

Geschichtsbilder sind nicht die bloßen Abbildungen oder Beschreibungen von Ereignissen der Vergangenheit oder die Erinnerung daran. In Anlehnung an Francis Haskells *Die Geschichte und ihre Bilder* sind sie als Metaphern für Vorstellungen und Deutungen der Vergangenheit zu verstehen, denen eine Gruppe von Menschen Gültigkeit zuschreibt. Diese Vorstellungen sind zumeist an Familiengeschichte und kollektive Erfahrungen geknüpft. Zugleich schafft die Zuschreibung von Bedeutung, also die Konstruktion einer bestimmten Perspektive auf geschichtliche Ereignisse, ein neues identitätsstiftendes Moment in der Gegenwart. Ebenso lenken Geschichtsbilder nach Lucian Hölscher in *Kontinuität und Wandel* »unsere politische und soziale Wahrnehmung, subsumieren gegenwärtige Erlebnisse unter ›historische Erfahrungen‹ und werden so letztlich selbst zu politischen Faktoren des künftigen Geschehens« (Schulz et al: 1998).

Geschichtsbilder entstehen also im Wechselspiel zwischen Erinnerung und gegenwärtiger Sinnggebung. Subjektive und kollektive Erfahrungen werden in einen übergeordneten historischen Kontext eingebettet und so zum Baustein einer kollektiven Identität. Entsprechend ihrer Bedeutung für die persönliche und kollektive Gegenwart werden so verschiedene Aspekte in den Kanon der Erinnerungen und damit das Geschichtsbild einer Gruppe von Menschen übernommen.

Понимания истории

Текст описывает понимания истории еврейских иммигрантов из стран бывшего Советского Союза в Германии и в Израиле на основе интервью в еврейских общинах в Германии и в Израиле. В статье вырабатываются самые важные мотивы воспоминания о Холокосте, о Второй мировой войне и об условиях еврейской жизни в Советском Союзе. В общем показалась довольно единодушная картина и исторических пониманий, и их значений для сегодняшних контрверзий по вопросам культуры воспоминания в Израиле и в Германии. В связи с иммиграцией советских евреев их культура воспоминания повлияла на формы памяти в странах пребывания. Выдающаяся роль воевавших в Красной Армии евреев глубоко изменила официальные исторические понимания в Израиле и

культуру памяти в еврейских общинах в Германии. 9ое мая, День победы, стал составной частью культуры воспоминания в еврейских общинах в Германии, а также официального воспоминания в Израиле. Изменилась и личные понимания истории. В результате свободного доступа к информации и отсутствия ограничений для еврейской жизни Холокост стал важной частью воспоминания о трагедии еврейского народа. Эта трагедия больше не воспринимается главным образом как семейная история или деталь Великой Отечественной Войны. Единственные в своём роде преступления фашистской Германии и её союзников сегодня являются составной частью исторических знаний еврейских эмигрантов из стран бывшего Советского Союза.

Die Interviews mit jüdischen Migrant_innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (SU) bieten in diesem Zusammenhang wertvolle Fragmente, aus denen in der analytischen Betrachtung ein Geschichtsbild destilliert werden kann. Im Folgenden soll versucht werden, wiederkehrende Motive in den subjektiven Erinnerungen herauszustellen und sie mit dem offiziellen Geschichtsbild in der SU ins Verhältnis zu setzen. Es bietet sich zugleich eine bislang unterrepräsentierte Perspektive auf die jüngere jüdische Geschichte in Osteuropa.

Eine besondere Spannung bei der Beschäftigung mit den Erfahrungen und Familiengeschichten von Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen SU ergibt sich durch einen offensichtlichen und gegenwärtigen Bruch der Konstruktion von Geschichtsbildern. Hölscher (1998) benennt dies als die »Depotenzierung bestehender Geschichtsbilder durch neue historische Erfahrungen«. Diese ergab sich ohne Zweifel aus der einsetzenden Perestrojka bis hin zum Zerfall der SU. Der bis dahin dominierende Widerspruch zwischen der offiziellen sowjetischen Politik und dem mehr oder minder verdeckten jüdischen Leben wirkt bis in die Gegenwart nach (vgl. JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION).

Motive der subjektiven Erinnerung jüdischer Migrant_innen als Grundlage eines kollektiven Geschichtsbildes

Erinnerung an die Shoah

Ausnahmslos ist der Holocaust das einschneidendste Ereignis in den Familienge-

schichten aller Interviewten. Die ehemals großen Familien wurden zumeist bis auf wenige Angehörige ausgelöscht:

»My grandparents, my uncles, my aunts... all of them perished in the Holocaust ...« (Irit Abramski).

Entsprechend schwer fällt es diese Erfahrung mitzuteilen:

»Oh, das ist sehr schwer, darüber zu reden. Ich hab niemanden mehr. Keinen Großvater, keine Großmutter. Sie sind alle in Konzentrationslagern umgekommen. Meine Mutter ist in den Wald geflüchtet [...] das ist der einzige Grund warum sie überlebte.« (Milana Reuven Chalfin)

Möglichkeiten der Ermordung zu entgehen, boten sich fast ausschließlich durch Evakuierung, durch Verstecken oder durch das Kämpfen in der Roten Armee. So berichtet Alisa Beljajewa über ihre Familie:

»Meine zweite Großmutter [...] wurde auch evakuiert Anfang 42, nach Kasachstan und dort ist [sie] auch [bis] Anfang 45 geblieben ...«.

Irit Abramski ist eine pädagogische Mitarbeiterin in Yad Vashem. Sie verweist auf die Bedeutung der Evakuierungen:

»The contribution of the Soviet evacuation to the East to the rescue of the Jews [...] this is a big issue in my seminar. We are making a research of the evacuation. The circumstances of everyday life in the evacuation, how difficult it was to be evacuated ...«

Darüber hinaus kämpften viele Jüdinnen und Juden in der Roten Armee.

»My grandfather, he was a soldier in the Red Army. He was in a special unit [...] they [used] special equipment to fight in snow.« (Dima Kaplan)



Dima Kaplan wurde 1981 in Weißrussland geboren.
(Sohn von Nina Schtschukin)

Er wohnte mit seiner Familie in Gomel in der Ukraine. Im Jahr 1991, mit 10 Jahren, immigrierte er nach Israel. Er studiert und lebt in Tel Aviv.

Im Bezug auf die jüdische Gemeinde in Dresden meint Alisa Beljajewa:

»Ja, die Geschichte ist präsent, weil wir haben auch Gemeindemitglieder, die gekämpft haben in sowjetischer Armee.«

Diese Erfahrung ist jedoch nur teilweise im kollektiven Gedenken verankert. Zum Beispiel führt Irit Abramski aus:

»... many books up till now in Russia don't know the contribution of the Jews to the Victory, to the big victory of the Red Army. How many full heroes were among the Jews. The Jews played fourth role after the Russian, Ukrainians and Belorussians. [...] I mean, the heroism stories in the Red Army, it's very important!«

Während ihrer Seminare begegnen ihr häufig Teilnehmer_innen mit Erstaunen, zu unbekannt ist der jüdische Beitrag zum Sieg der Roten Armee und zu fest die Annahme »Juden kämpften nicht.« (Irit Abramski).

Bis auf wenige Ausnahmen berichten alle Interviewten, dass innerhalb der Familie sehr wenig über die Shoah gesprochen wurde.

»Wir haben schon gewusst: das war Krieg usw. Was schon geschehen mit Juden — wir haben das nicht gewusst. Unsere Eltern haben uns gehütet.« (Anna Iljin)

Ähnliches führt auch Riva Matook aus:

»... my parents didn't talk about the Holocaust. I always felt guilty because they didn't talk.«

Und dieses Phänomen setzt sich teilweise in die nächste Generation fort:

»Nein. Wir reden mit unseren Kindern nicht darüber. Sie kennen das aus der Schule. Ich selber war ja nicht im Krieg. Ich weiß auch nicht viel.« (Jakow Chalfin)

Während ihrer Arbeit in ihrer Gemeinde ist auch Alisa Beljajewa oft damit konfrontiert:

»Wenn ich die Formulare bei der Gemein-deeintritt ausfülle und frage nach Großmutter, dann kriege ich sehr oft Antwort: ›Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht.‹ Weil meine Mutter, zum Beispiel, meine Mutter hat darüber nie gesprochen wie meine Großmutter hieß. Sie schwieg. Das wars. Und dann ganze

Generationen, ganze Vorgeschichte ist verloren. Die Familien wurden erloscht, das wars. [...] viele Kinder wissen überhaupt nie was mit Familie war.«

Als Ausnahme aller von uns Interviewten berichtete Irit Abramski von der Allgegenwart der Shoah in ihrer Familie:

»My mother told me the story of the Holocaust since I was a little child. So, actually I'm typical second generation because I was growing up on the stories of the Holocaust.«

Wie im Artikel JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION detailliert ausgeführt wird, fand die Shoah im offiziellen Gedenken keine Berücksichtigung. Die jüdischen Opfer wurden den zivilen Kriegsoptionen der Sowjetunion zugerechnet. Die Judenvernichtung fand lange Zeit keine offizielle Erwähnung. Die Diskrepanz zwischen offiziellem Gedenken und der Familiengeschichte führt die ehemalige Geschichtslehrerin Anna Kopajew aus:

»In der Sowjetunion war es so, dass sowohl in Schulen als auch in Universitäten die Shoah überhaupt gar nicht thematisiert wurde. Und aus meiner persönlichen Familiengeschichte zog ich keine Schlussfolgerungen, dass es sich um die Shoah und etwas Großes handelt. Ich wusste, das war meine Familie, ich wusste auch von anderen Familien, wo so etwas geschehen ist, aber für mich waren das so Einzelfälle, weil die Deutschen, die Faschisten die Juden hassten. Die Vermittlung des Wissens lief in der Sowjetunion mit der Betonung auf dem Großen Vaterländischen Krieg [...]«.

Dies hatte Auswirkungen auf das Geschichtsbild der sowjetischen Jüdinnen und Juden sowie deren Kinder. Bezogen auf das Gedenken in Russland führt Dima Kaplan aus:

»27 million Russians or Russian citizens died in this war. They don't give a **** about this six million Jews [...] its not so important to them and part of those 27 million are Jews

of cause, like Russians, Ukrainians, Belorussians. [...] I heard about the concentration camps, but not in the context of Jews but in the context of Russians ...«.

Gelegentlich scheint in den Interviews ein Detail auf, das in den individuellen Erinnerungen teilweise überliefert wurde, aber erst seit der einsetzenden Perestroika in der Öffentlichkeit verhandelt wird: die Beihilfe zum Judenmord.

»Mein Großvater versteckte sich bei weißrussischen Bekannten, 3 Jahre lang. Vor Einmarsch der Roten Armee wurde mein Großvater von einem Einwohner – ein Polizeimitglied – erschossen.« (Nina Schtschukin)

Durch neuere Dokumentationen ins Bewusstsein gerufen, bemerkt Julia Reisman:

»Früher gab es die Vorstellung, dass der einzige Feind während des Krieges Deutschland war. Das hat sich jetzt geändert, da vielmehr Informationen zugänglich sind. Erst nach und nach erfuhr ich, dass auch bei uns die lokalen Einwohner an den Verbrechen gegen die Juden beteiligt waren.«

Großer Vaterländischer Krieg

Im gegenwärtigen Umgang mit der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg werden die Auswirkungen verschiedener Geschichtsbilder deutlich. Innerhalb der jüdischen Gemeinden in Deutschland und in Israel gab es zum Teil harte Diskussionen über das Gedenken. Wie bereits erwähnt, verbindet sich die Erinnerung an die Shoah für viele Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen SU untrennbar mit dem Großen Vaterländischen Krieg.

»The Jewish holocaust as it was was a side event [...] in the Russian Soviet history. [...] when I speak with my grandfather or my grandmother about it, what happened there, they are really attend to combine the two events together, so, they don't attend to speak about it in different ways. It was the Holocaust and the Second World War, or the Great Patriotic War.« (Lew Chuchman)

Viele Jüdinnen und Juden, die nach Deutschland kamen, fühlten sich nicht nur als Opfer der Shoah *»sondern auch als Teil der Siegermächte, als Teil der Roten Armee, z.B. der Großvater meiner Frau war*



Soldat im Zweiten Weltkrieg, erhielt für seinen Kampfesmut viele Orden und hat dazu beigetragen, die Nazis zu besiegen» (Uriel Kashi).

Die Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinden in Deutschland fasst Uriel Kashi wie folgt zusammen:

»Wenn man in der Sowjetunion am 9. Mai in eine Synagoge geht, dann findet dort wahrscheinlich eine Gedenkzeremonie statt. Viele der ehemaligen Soldaten kommen dann mit ihren Uniformen und ihren Orden. Im Eingangsbereich der Synagoge hängen vielleicht Bilder von Gemeindemitgliedern in ihrer Soldatenuniform vom Zweiten Weltkrieg. Diese Soldaten sind bis heute der Stolz der Gemeinde. Sie haben zum Sieg gegen die Nazis beigetragen. Wenn diese ehemaligen Soldaten der sowjetischen Armee bzw. ihre Angehörigen nun nach Deutschland, dann denken sie sich: ›Wir möchten hier auch unseren Helden gedenken und in der Gemeinde eine Zeremonie veranstalten, auch mit Uniform usw.‹ Und dann kommen die Alteingesessenen in Anführungsstrichen, die auch nicht so alteingesessen sind und sagen: ›Nein. Nein. Das ist zu militaristisch. Es ist unpassend, in Deutschland so eine Zeremonie zu veranstalten.‹ Das heißt diesen Konflikt hat man eigentlich in allen jüdischen Gemeinden gehabt.«

Auch in Israel gab es durch die große Anzahl von Migrant_innen einen Wandel in der Bewertung der Roten Armee:

»It also changed in Yad Vashem and in Israel the contribution of the Red Army to the rescue of the inmates of the concentration camps and death camps. [...] now, we actually restore the proper value, it was historically.

It's much more objective now. Much more objective, we learn about the contribution of the Red Army to the end of the Holocaust. To the rescue of the victims. [...] And all the history books in Israel are changed as a result of it, of this aliyah, of this immigration.« (Irit Abramski)

Um Aspekte der Erinnerung der Immigrant_innen erweitert, änderten sich das Geschichtsbild und die Erinnerungskultur in Israel. So wurde z.B. auf dem Mount Herzl neben den Denkmälern für die gefallenen israelischen Soldaten ein Monument den Soldaten der Roten Armee gewidmet.

Mit Blick auf die jüdischen Soldat_innen in der Roten Armee resümiert Anna Kopajew:

»Die Juden machten weniger als ein Prozent der gesamten Bevölkerung in der Sowjetunion aus. Bei der Verleihung des ›Helden der Sowjetunion‹, was die höchste Auszeichnung in der Roten Armee ist, folgten hinter den Russen und Ukrainern die Juden als dritte Nationalitätengruppe, und das erfüllt mich mit Stolz.«

Verhältnis zur Sowjetunion

Der Text »JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL vermittelt anschaulich die Diskrepanz zwischen öffentlichem und privatem jüdischen Leben in der Sowjetunion. Mehr oder minder verdeckt wurden die jüdischen Traditionen nur im kleinen Kreis der Familie gelebt. Vor allem in größeren Städten gab es darüber hinaus ein begrenztes Gemeindeleben:

»In Leningrad gab es mehr Möglichkeiten jüdische Feste und Traditionen zu leben. Dort gab es eine große Beth ha-Knesset [Ge-



Wera Abramowna wurde in Russland geboren.

Dort arbeitete sie als Lehrerin. Sie immigrierte 1991 mit ihrem Sohn nach Israel. Anfangs musste sie als Reinigungskraft arbeiten, bevor sie wieder in ihren Beruf als Lehrerin einsteigen konnte. Sie lebt in Tel Aviv.

meindehaus ...]« (Nina Schtschukin).

So hielt beispielsweise die Familie von Frau Matook ihre Bindung zum Judentum in der Sowjetrepublik Litauen auch öffentlich aufrecht, wanderte aber bereits vor 1989 nach Israel aus (vgl. »JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL).

Der größere Teil der interviewten Personen versteckte sein »Jüdischsein« in der Sowjetunion soweit wie möglich vor der Öffentlichkeit. Sogar den eigenen Kindern wurde die Herkunft verschwiegen, wie das Beispiel von Nina Schtschukin anschaulich belegt:

»Als ich zwölf Jahre alt wurde, gab's eine ganz große Feier. Also sehr sehr große mit vielen eingeladenen Gästen und mein Onkel kam und fragte meine Mutter ›Weiß sie warum diese Feier so groß begangen wird?‹ und meine Mutter sagt ›nein‹. Erst nachdem ich in Israel angekommen bin, wusste ich dass es meine Bar Mitzwa war.«

Dieses Verschweigen führte zum Teil zu weiteren Verwirrungen in den Familien:

»Ich erinnere mich noch an das russische Osterfest, da werden traditionell Kuchen gebacken, Eier gekocht. Meine Mutter hat das nicht gemacht. Und ich schimpfte mit meiner Mutter ›Bist du faul. Du willst nicht Ostern begehen wie alle anderen?‹« (Nina Schtschukin)

Aus Angst vor Repressalien oder antisemitischen Reaktionen wurde es vermieden, in der Öffentlichkeit Jiddisch zu sprechen.

»Wenn ich mit meiner Oma zu meiner Tante nach Moskau fuhr, meine Oma sprach bei uns zu Hause immer Jiddisch, wenn wir in Moskau aber zu Besuch waren ermahnt meine Tante meine Oma immer, sei still, rede

nicht so laut.« (Julia Reisman)

Jüdische Festtage wurden oft nur im kleinen Kreis und häufig vor allem von den älteren Generationen begangen:

»Bei meiner Oma sah ich Matzenbrot und fand das interessant. Aber für mich war das einfach so eine Spezialität die es nur bei der Oma gab und nicht zu Hause. Pessach, Rosch ha-Schana gab's bei uns nicht. [...] Als ich dann zu meiner Oma in die Stadt zog, sah ich, dass bei ihr, also die alten Leute die Traditionen noch beachteten. Und bei ihnen wurden alle Feste begangen Rosch ha-Schana, Pessach, Purim.« (Nina Schtschukin)

Die Gründe dafür, dass »Jüdischsein« zu verheimlichen oder ganz abzulegen, reichen zurück bis zu den Diskriminierungserfahrungen, Erinnerungen an staatlichen Antisemitismus und Repressionen in der stalinistischen SU (vgl. JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION UND »JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL). Nach dem Tod Stalins verbesserte sich die Lage etwas, jedoch hielten Benachteiligungen an. Ein Motiv ist dabei in den Erinnerungen besonders präsent:

»Es gab eine Regelung, dass nur ein bestimmter Anteil in einer Berufsgruppe Juden sein durften, z.B. Musiker, Lehrer, Beamte, Personen in öffentlichen Ämtern und Ärzte.« (Julia Reisman)

Zudem berichten fast alle Interviewten davon, dass die Arbeit von Jüdinnen und Juden mit ungleichem Maß gemessen wurden:



Maja Davidowa* wurde 1959 in Tschernowitz, Ukraine, geboren. Sie studierte Betriebswirtschaft. Im Jahre 2001 ist sie mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen, zuerst nach Meerane, später sind sie nach Leipzig gezogen. Davidowa ist 2002 Gemeindemitglied geworden und hat eine kurze Zeit als Bürohilfe in der jüdischen Gemeinde gearbeitet. Heute ist sie Mitarbeiterin bei einer russischsprachigen Zeitung. (* Name geändert)



»Als Jude musste man immer mehr leisten als andere. Wenn man 100% geleistet hatte wurde das zu 70% angerechnet.« (Julia Reisman).

Erst mit der einsetzenden Perestroika öffnete sich das jüdische Leben (vgl. »JÜDISCH-SEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL). Der latente Antisemitismus in der Bevölkerung und die schlechte materielle Lage führten kurz darauf zu einer großen Auswanderungswelle nach Israel, Deutschland, den USA und Kanada (vgl. EMIGRATION AUS DER SOWJETUNION).

Fazit

Die oben stehenden Themenblöcke beschreiben die wichtigsten Motive der Erinnerung der Interviewten an die Shoah, den Zweiten Weltkrieg und das jüdische Leben in der Sowjetunion. Durch die Immigration der sowjetischen Jüdinnen und Juden haben sich deren Bilder in die Erinnerungskultur ihrer Aufnahmeländer übertragen. Vor allem die hervorgehobene Rolle der kämpfenden

Jüdinnen und Juden in der Roten Armee haben das offizielle Geschichtsbild in Israel und das Gedenken in den jüdischen Gemeinden in Deutschland nachhaltig geändert. Der 9. Mai als »Tag des Sieges« wurde in die Gedenkkultur in den jüdischen Gemeinden in Deutschland und in die offizielle Erinnerungskultur Israels integriert.

Auch die subjektiven Geschichtsbilder haben sich gewandelt. Durch den Zugang zu Informationen und den Wegfall von Beschränkungen für das jüdische Leben wurde die Shoah als kollektive Tragödie in die Erinnerungen aufgenommen. Sie wird nicht mehr vorrangig als Familiengeschichte und Detail des Großen Vaterländischen Krieges wahrgenommen. Die Singularität der Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands und deren Verbündeter ist nunmehr Teil der Geschichtsbilder jüdischer Migrant_innen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Quellen:

Haskell, Francis (1995):
Die Geschichte und ihre Bilder. Die Kunst und die Deutung der Vergangenheit. München.

Schulz, Evelyn/ Sonne, Wolfgang (1998):
Kontinuität und Wandel: Geschichtsbilder in verschiedenen Fächern und Kulturen. VDF Hochschulverlag AG. Zürich.



Die Shoah in den besetzten Gebieten der Sowjetunion

»Überall [in den befreiten Städten und Dörfern] Schweigen. Totenstille. Ein ganzes Volk ist brutal ermordet worden.« (Beevor: 2007)

2. Januar 2007, Bassan (Ukraine), Polina Pawlona Kazenko:

»Mit vierzehn Jahren bin ich als Krankenpflegerin in die Rote Armee eingetreten, ich bin den Truppen bis nach Mittelasien gefolgt. Die deutschen Faschisten begannen zu verlieren. Da ist mein Armeekorps in Polen einmarschiert, in Krakau. Ich konnte mich einem großen Lager nähern, das erbaut worden ist, um die Juden zu töten. Das war Auschwitz. Daraufhin habe ich einen Bericht geschrieben, der in den Kolchosen gelesen wurde: ›Bei uns erschießen die Nazis die Juden, im Westen bringen sie sie in Lagern um.« (Desbois: 2009)

Der Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 markiert den Beginn des rassenideologischen Raub- und Vernichtungskrieges im Osten. Was die Wehrmacht im Krieg gegen Polen seit dem 1. September 1939 an Erfahrungen sammelte, wurde in die Vorbereitung des deutschen Angriffs auf die UdSSR im *Unternehmen Barbarossa* einbezogen. Mit diesem Krieg wollten die Nationalsozialisten nicht nur Lebensraum im Osten gewinnen, sondern auch den Bolschewismus und das Judentum gleichermaßen liquidieren.

Shoah in the occupied territories of the Soviet Union
The article outlines the general aspects of the Shoah, the systematic mass murder of the Jewish population in the occupied territories of the Soviet Union between June 1941 and the liberation of the territories by the Red Army in summer 1944. Initially, the ideological background for the National Socialist war of conquest and extermination is specified. Afterwards a review is given about the sequence of events of the occupation and mass murder. The numbers of victims can only be assessed – between 2.6 and 2.9 million Jews. In the middle section it is expounded how the Jews were murdered and which reports from the German troops about the extermination existed. A further section is dedicated to the Jewish fighters participating in the struggle as partisans and in the Red Army. The article closes with the description of the extermination and cover-up operations during the German retreat as well as an attempted estimation of the victim numbers.

Холокост на оккупированной территории СССР
В статье дается краткая история Холокоста, систематического массового уничтожения еврейского населения на оккупированной территории СССР с июня 1941 г. до освобождения территорий Красной Армией летом 1944 г. Начиная с идеологических основ нацистской захватнической и истребительной войны, в статье описано развитие событий оккупации и массового уничтожения. Установить число жертв можно только приблизительно: около 2,6 до 2,9 миллиона евреев погибло. В средней части текста изложены способы уничтожения и документы об акциях уничтожения нацистскими войсками. Далее текст посвящен еврейским участникам войны – партизанам и членам Красной армии. В заключение рассматриваются акции уничтожения и скрытия при отступлении немцев и подводится итог количества жертв.

Die Enzyklopädie des Nationalsozialismus (EdNS) stellt fest:

»Der Holocaust war ›Teil und Kernstück [dieser] weitgespannten rassistischen Herrschafts-, Versklavungs- und Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschland gegen die unterworfenen Völker insbesondere des ›Ostens‹, Polens und der Sowjetunion‹ (D. Peukert), und damit ein strategisches Kriegsziel.« (EdNS, 325)

Die Einsatzpläne für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung waren integrativer Bestandteil der militärischen Vorbereitungen, was sich in mehreren Anweisungen und Befehlen niederschlug.

»Innerhalb des Gebiets der Heeresoperationen wird der Reichsführer SS im Auftrag des Führers mit der **Sonderbehandlung** für die Vorbereitung der politischen Verwaltung betraut — Aufgaben, die sich aus dem entscheidenden Kampf zweier sich feindlich gegenüberstehender politischer Systeme ergeben.«

Die Tarnbezeichnung Sonderbehandlung in dieser Weisung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vom März 1941 meinte die physische Vernichtung von Zivilist_innen — insbesondere der Vertreter_innen des »feindlich[en] politische[n] System[s]«: der kommunistischen Sowjetunion. Das Feindbild der »jüdisch-bolschewistischen Verschwörung« spielte in der antisemitischen Ideologie eine zentrale Rolle und mit der Vernichtung der sowjetischen Jüdinnen und Juden planten die Nationalsozialisten zwei Ziele auf einmal zu erreichen. Noch deutlicher wird das Anliegen im so genannten *Kommissarbefehl* vom 6. Juni 1941, der die Tötung aller gefangengenommenen politischen Kommissare der Roten Armee vorsah. Das OKW stellte zudem in seinen Anweisungen zum

»Verhalten der deutschen Truppen in der Sowjetunion« vom 19. Mai 1941 klar:

»Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstands.«

Die Wehrmacht hatte somit quasi eine Grundlage für den Massenmord erhalten. Zur Durchführung der Exekutionen an der jüdischen Bevölkerung und den Kommissar_innen wurden die mobilen Einsatzgruppen eingerichtet. In der Sowjetunion wurden etwa 3000 Mann Personal des Sicherheitsdienstes (SD), Gestapo und Kripo zusammen mit Einheiten der Ordnungspolizei und der Waffen-SS eingesetzt. Sie arbeiteten eng mit der Wehrmacht zusammen.

Besetzung und Massenmord

Der schnelle deutsche Vormarsch in die Sowjetunion kam erst mit dem Winter 1941 vor Leningrad, Moskau und östlich von Charkow und Rostow am Don zum Stehen. Während die Wehrmacht bei Moskau und Rostow noch im Winter 1941 zurückgedrängt werden konnte, erreichten die deutschen Truppen im Sommer 1942 Stalingrad und den nördlichen Kaukasus. Damit war die größte Ausdehnung des nationalsozialistischen Machtbereiches erreicht. Fast alle von der Wehrmacht besetzten Gebiete wurden bis zum Ende des Sommers 1944 von der Roten Armee befreit.

In den besetzten Gebieten wurden zunächst Militär- und später Zivilverwaltungen eingerichtet, denen dann u.a. so genannte Ordnungsdienste aus einheimischen Freiwil-



Anna Kopajew stammt aus Moskau (Russland).

Dort arbeitete sie als Geschichtslehrerin. Nach ihrer Immigration nach Israel vor 20 Jahren fand sie eine Anstellung im Ghetto-Fighters-Museum. Dort arbeitet sie seither mit Spezialisierung auf die Geschichte der Shoah in den besetzten Gebieten der Sowjetunion.

ligen, die als Polizeikräfte direkt der SS unterstellt waren, zur Verfügung standen.

Für die jüdische Bevölkerung machte die administrative Teilung in die Reichskommissariate Ostland, Ukraine bzw. die Zuteilung an das Generalgouvernement und Transnistrien kaum einen Unterschied beim Terror den sie durch die deutschen Truppen erfuhren. Ihre Ermordung erfolgte nach der *Enzyklopädie des Holocaust* nach zwei Grundmustern:

In den von der Sowjetunion 1939/40 nach dem *Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag* (so genannter *Hitler-Stalin-Pakt*) annektierten Gebieten in Litauen, Estland, Lettland, im östlichen Polen und Bessarabien war das Vorgehen ähnlich wie im Generalgouvernement. Nach den ersten Massenvorfällen durch die Einsatzgruppen errichtete man Ghettos, in denen die jüdische Bevölkerung ausgebeutet und misshandelt wurde. Die Menschen verhungerten, starben an Schwäche und Krankheit und wurden schließlich in die Vernichtungslager deportiert. Die Ermordung der Jüdinnen und Juden war binnen 12 bis 18 Monaten nach der Besetzung durch die Wehrmacht vollzogen.

Anders dagegen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Basierend auf der Überzeugung, dass die jüdische Bevölkerung die »Hauptstütze des Bolschewismus« sei, wurde die »Ausrottung« aller Repräsentant_innen des Bolschewismus gefordert und systematisch umgesetzt. Nur wenige Wochen bis max. zwei bis drei Monate vergingen nach der Besetzung bis zur Ermordung aller noch im Gebiet verbliebenen Jüdinnen und Juden.

Opferzahlen

Die Größe der jüdischen Bevölkerung unter deutscher Besetzung lässt sich kaum feststellen. Wie Yitzhak Arad in seinem Aufsatz *Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion* anmerkt, gibt es weder offizielle Zahlen von sowjetischer Seite noch verlässliche Angaben über Evakuierte, Flüchtlinge oder Verblie-

bene in den besetzten Gebieten. Das hängt zum einen mit dem chaotischen Rückzug der Roten Armee in den ersten Kriegsmonaten zusammen, zum anderen gibt es keine Angaben zu Opfern unter den Flüchtlingen oder Evakuierten durch deutsche Bombardements, antisowjetische Banden oder die schnell vordringenden Wehrmachtsseinheiten. So beruhen seine Zahlen vor allem auf Schätzungen.

Die sowjetische Volkszählung von 1939 ergab eine Zahl von mehr als 3 Millionen Jüdinnen und Juden, von denen mindestens 2,1 Millionen Menschen in den später durch die Deutschen besetzten Gebiete lebten. Es gibt keine genauen Angaben über die Zahl der Flüchtlingen und Evakuierten, Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens eine Million Menschen nicht vor der deutschen Besatzung fliehen konnte.

In den von der UdSSR annektierten Gebieten im Baltikum und in der Ukraine lebten etwa 2,15 Millionen Jüdinnen und Juden, darunter etwa 200.000 jüdische Flüchtlinge aus dem besetzten Polen. Durch das rasche Vordringen der Wehrmacht konnten hier nur zehn bis zwölf Prozent der jüdischen Bevölkerung flüchten.

Insgesamt beträgt die Zahl der jüdischen Menschen, die in den deutsch besetzten Gebieten der Sowjetunion lebten und nicht mehr evakuiert wurden oder fliehen konnten 2,75 bis 2,9 Millionen Menschen.

Die Vernichtungsaktionen

Il'ja Al'tmann unterteilt in seinem Buch *Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941-1945* die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in drei Phasen:

1. Vom Sommer 1941 bis zum Januar 1942 — vom Angriff auf die Sowjetunion bis zur *Wannseekonferenz*. In diesen wenigen Monaten wurden die meisten Jüdinnen und Juden in Litauen, Lettland, Estland und Moldawien getötet.

2. Februar 1942 bis Herbst 1943 — von der Wannseekonferenz bis zur Liquidation der Ghettos und Arbeitslager auf dem be-



setzten sowjetischen Gebiet. In diesem Zeitraum wurden die Mehrzahl der jüdischen Bevölkerung in der westlichen Ukraine und Belorussland sowie im südlichen Teil der russischen Sowjetrepublik ermordet.

3. Winter 1943/44 bis Herbst 1944 — von der Deportation der überlebenden Ghetto-bewohner_innen in die Vernichtungslager bis zur Befreiung der Sowjetunion. Alle bis dahin überlebenden Jüdinnen und Juden wurden vernichtet. (Al'tmann: 2008)

Der ins Landesinnere vordringenden Wehrmacht folgten die Einsatzgruppen der SS. Einsatzgruppe A in den baltischen Ländern bis nach Leningrad, Einsatzgruppe B in Belorussland Richtung Moskau, Einsatzgruppe C in der Ukraine Richtung Kiew und Einsatzgruppe D in Moldawien, der südlichen Ukraine, Richtung Krim und Kaukasus. Zusätzlich zu diesen waren Waffen-SS-Brigaden mit der »Säuberung« der eroberten Gebiete und Liquidierung der jüdischen Bevölkerung beauftragt, die insbesondere

in Ostpolen und im südlichen Belorussland aktiv waren. Am Morden weiterhin beteiligten sich deutsche Polizeikommandos, die im Grenzgebiet operierten und ausschließlich zur Ermordung der jüdischen Bevölkerung ausgebildet wurden, sowie Polizeiregimenter, die deutschen Armeeeinheiten angeschlossen waren. Darunter etwa 170 mobile Polizeibataillone, die aus Einheimischen aus Estland, Litauen, Lettland und der Ukraine bestanden. Viele von ihnen waren ehemalige Kriegsgefangene. Ohne die aktive Hilfe von Freiwilligen wäre es den Deutschen oft nicht gelungen, die ansässige jüdische Bevölkerung ausfindig zu machen, zu erkennen und schließlich zu töten.

Das Vorgehen bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung unterschied sich nur marginal. Wenn nicht bereits die Wehrmacht Massaker unter den Bewohner_innen durchgeführt hatte, dann gingen die nachrückenden Einsatzgruppen oder die Besatzungsbehörden systematisch vor.

Irit Abramski wurde in Vilnius (Litauen) geboren.

In den späten 1950er Jahren, im Alter von sieben Jahren, immigrierte sie mit ihren Eltern nach Israel. Dort studierte sie. Sie arbeitet heute für das Russian Desk in Yad Vashem (Jerusalem).



In unzähligen Dörfern und Kleinstädten wurden die jüdischen Familien zusammengetrieben und sofort erschossen.

In größeren Städten erforderten die Massenhinrichtungen einige Vorbereitung, so dass die jüdische Bevölkerung zunächst in bestimmte Stadtviertel umgesiedelt wurde, es wurden Ghettos gebildet und es gab eine Kennzeichnungspflicht für Jüdinnen und Juden (der so genannte Judenstern war im besetzten Polen bereits seit 1939 Pflicht). In den großen Ghettos wurden Judenräte gegründet und die Menschen zur Zwangsarbeit herangezogen. Bereits nach kurzer Zeit begannen die Massenmorde an der Bevölkerung, ausgenommen waren davon zunächst nur die größeren Ghettos, wie z.B. Minsk.

Die Jüdinnen und Juden wurden in nahegelegene Wälder, Steinbrüche, Schluchten oder Panzerabwehrgräben gebracht, wo sie gruppenweise erschossen wurden. Meist wurde der Hinrichtungsplatz von Wehrmachts-einheiten gesichert. Die Menschen mussten sich entkleiden und sich in Gruppen an den Rändern der vorher ausgehobenen Gruben aufstellen, dann eröffnete man das Feuer. Auf diese Weise starben Hunderttausende innerhalb kürzester Zeit.

Einen Eindruck über diese systematischen Tötungsaktionen, über die Gründlichkeit, mit der die Deutschen vorgingen, vermittelt das von Wassili Grossman und Ilja Ehrenburg herausgegebene *Schwarzbuch*, darin einer von unzähligen Berichten:

»Pjotr Tschepurenko — Ein Augenzeuge des Massakers von Pirjatin:

Am 6. April 1942 ... brachten die Deutschen in der Stadt Pirjatin, im Gebiet Poltawa, 1600 Juden um: Alte, Frauen und Kinder, denen es nicht mehr gelungen war, nach Osten zu entkommen.

Die Juden wurden über den Grebenkowskaja-Weg hinausgeführt bis zur Pirogow-ski-Trift — drei Kilometer von der Stadt entfernt. Dort waren geräumige Gruben vorbereitet worden. Die Juden mussten sich entkleiden. Deutsche und Polizisten teilten

sich die Sachen. Die Todgeweihten wurden zu fünf in die Grube gejagt und mit Maschinenpistolen erschossen.

Die Deutschen trieben 300 Einwohner aus Pirjatin herbei, die die Gruben zuschütten sollten, zu ihnen gehörte Pjotr Lawrentjewitsch Tschepurenko. Er berichtet:

»Ich habe gesehen, wie sie mordeten. Um 5 Uhr nachmittags kam das Kommando: ›Die Gruben zuschütten!‹ Doch aus den Gruben kamen Schreie, Stöhnen. Unter der Erde bewegten sich die Leute noch. Plötzlich sah ich wie mein Nachbar Ruderman aus der Erde herauswühlte. Er war Gespannführer im Werk. Seine Augen waren blutunterlaufen. Er rief: ›Gib mir den Gnadenstoß!‹ Auch hinter mir schrie jemand. Es war der Tischler Sima. Sie hatten ihn verwundet, aber nicht getötet. Die Deutschen und die Polizisten brachten sie nun endgültig um. Zu meinen Füßen lag eine ermordete Frau. Unter ihrem Körper kroch ein Junge von ungefähr fünf Jahren hervor und schrie verzweifelt: ›Mamilein!‹ Mehr habe ich nicht gesehen - ich fiel ohnmächtig zu Boden.« (Schwarzbuch: 1995)

Das *Schwarzbuch* versammelt zahlreiche solcher Berichte und ist damit die wichtigste Sammlung von Augenzeugenberichten für die Shoah in der Sowjetunion. Dass diese Geschichte keineswegs aufgearbeitet ist, noch jemals umfassend dokumentiert wurde, belegt auch das eindrucksvolle Buch von Patrick Desbois *Der vergessene Holocaust*, der zwischen 2003 und 2007 vergessene Massengräber wiederfand und die Berichte der Zeug_innen der Morde in der Ukraine festhielt.

An dieser Stelle kann eine Aufzählung von Zahlen ermordeter Menschen kaum vermitteln, welches Ausmaß die Vernichtung so vieler Menschen hatte. Das Internetportal *Untold Stories. The murder sites of the jews in the occupied territories of the former USSR* der Gedenkstätte *Yad Vashem* dokumentiert das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in 51 Orten in der Ukraine, Belorussland, Litau-

en, Lettland und Russland: <http://www1.yadvashem.org/untoldstories/index.html>. Neben Dokumenten der Vernichtung finden sich auch Berichte der *Außerordentlichen Staatskommission* sowie Fotos und Filme der Täter von den Verbrechen.

Im Frühjahr 1942 begann die Vernichtung der Jüdinnen und Juden, die in der südwestlichen Ukraine lebten. Sie wurden im Rahmen der *Aktion Reinhardt* zusammen mit der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements und nach Osten deportierten Jüdinnen und Juden aus Westeuropa in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka sowie im KZ Majdanek ermordet.

Widerstand bei den Partisan_innen und in der Roten Armee

Die Jüdinnen und Juden aus den noch nicht liquidierten Ghettos und Lagern wurden von den deutschen Besatzungsbehörden als Arbeitskräfte benötigt und ausgebeutet. Sie waren Hunger, Krankheiten und Misshandlungen ausgeliefert. Um der totalen Vernichtung durch die Nazis zu entgehen, flüchteten Teile der jüdischen Bevölkerung aus den Ghettos und Lagern. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion gab es jedoch keine organisierte Hilfe und auch keinen organisierten Widerstand bei Vernichtungsaktionen. Gründe dafür waren das völlige Fehlen jüdischer Organisationen in der UdSSR (was von Staatsseite untersucht war — siehe Text **JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJET-UNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION**); das schnelle Tempo der Mordaktionen nach der Eroberung; die Abwesenheit der meisten Männer, die zur Roten Armee eingezogen worden waren und das Fehlen des

aktiveren Teils der jüdischen Bevölkerung, der in der Regel bereits geflohen oder evakuiert worden war.

Die einzige Möglichkeit Widerstand zu leisten oder zu Überleben, war sich den Partisan_innen anzuschließen. Wälder und Sumpfgebiete wurden zu Sammelpunkten für versprengte Armeeangehörige aber auch für zahlreiche Flüchtlinge unter ihnen kommunistische Funktionär_innen und viele Jüdinnen und Juden. In den so genannten Familienlagern entstanden Zufluchtsstätten für ganze jüdische Familien, wie Nechama Tec in *Bewaffneter Widerstand* und Peter Duffy in *Die Bielski-Brüder* schildern. Andere Gruppen schlossen sich zu Partisaneneinheiten zusammen, die Kontakt mit der Roten Armee aufnahmen und sich zu militärischen Kampfgruppen entwickelten. Diese Gruppen verübten in erster Linie Sabotageaktionen, Rettungsversuche gab es nur wenige. Letztere standen vor allem im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die endgültige Vernichtung der großen Ghettos in Vilnius, Kaunas, Grodno, Minsk und anderen Orten. Hier hatten sich auf Grund der Dauer der Besatzung in den Städten Untergrundgruppen mit Verbindungen zu Partisan_innen bilden können. Berichte über diese Aktivitäten finden sich bei Chai-ka Grossman *Die Untergrundarmee* über den jüdischen Widerstand in Białystok oder in *Zum Kampf auf Leben und Tod!* von Arno Lustiger.

Die Zahl der jüdischen Partisan_innen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion wird auf 25.-30.000 geschätzt.

Innerhalb der Roten Armee dienten Tausende Freiwilliger zusätzlich zu den Hunderttausenden zumeist männlichen Wehrpflich-



Milana Reuven Chalfin ist 1972 in Moldawien geboren.
(Tochter von Jakov Chalfin)

Mit sechs Jahren immigrierte sie mit ihrer Familie nach Israel. Sie lebt in Ashdod und arbeitet als Supervisorin in der lokalen Schulbehörde.

tigen jüdischer Herkunft — der Prozentsatz der Jüdinnen und Juden in der Armee war höher als der Anteil in der Gesamtbevölkerung. Aufgrund des Bildungsstandes dienten viele in spezialisierten Truppengattungen. Auszeichnungen beispielsweise wegen Tapferkeit vor dem Feind und als »Helden der Sowjetunion« wurden den jüdischen Armeangehörigen überdurchschnittlich oft verliehen.

Vernichtungs- und Vertuschungsaktionen

Während sich die deutschen Truppen bereits auf dem Rückzug befanden und vor allem in den westlichen besetzten Gebieten der UdSSR die Aktivitäten der Partisan_innen stark zunahmen, gingen die Massenmorde weiter. Die großen Ghettos mit etwa 70.000 Menschen wurden auf Befehl Himmlers vom Juni 1943 liquidiert.

Tausende wurden vor Ort von den Nazis erschossen. Die »transportfähigen« Jüdinnen und Juden wurden in die Vernichtungslager deportiert. So wurde zum Beispiel im September/Oktober 1943 das Ghetto von

Minsk liquidiert. Die letzten 7.000-8.000 jüdischen Ghattobewohner_innen wurden in das Vernichtungslager *Sobibór* deportiert oder bei *Maly Trostjanecz* erschossen.

Um die Spuren der Massenmorde zu verwischen, mussten 1943/44 in der so genannten *Aktion 1005* oder *Enterdungssaktion* Sonderkommandos aus überwiegend jüdischen Häftlingen und Kriegsgefangenen die Massengräber von NS-Opfern im gesamten besetzten Gebiet öffnen und die Leichen exhumieren. Jens Hoffmann schildert in seinem Buch »*Das kann man nicht erzählen*« — »*Aktion 1005*« *Wie die Nazis die Spuren ihrer Massenmorde in Osteuropa beseitigten* wie die Leichen anschließend an Sammelpunkten auf Eisenbahnschienen und Holzbohlen geschichtet und verbrannt wurden. Asche und Knochenteile wurden wieder vergraben. Vermutlich wurden über eine Million Leichen auf diese Weise verbrannt, doch die angestrebte Verschleierung der Verbrechen wurde, trotz der Ermordung fast aller Angehöriger der Sonderkommandos, nicht erreicht.



Überlebende und Opfer

Bei der Befreiung im Sommer 1944 fand die Rote Armee praktisch keine Jüdinnen und Juden mehr vor. Von etwa 2,75 bis 2,9 Millionen Menschen hatten nur wenige überlebt – diese kämpften und lebten bei den Partisan_innen, hatten sich verstecken können oder hatten trotz allem in den Lagern überlebt. Zu den 2,6 bis 2,8 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden kommen weitere 120.-180.000 Juden und Jüdinnen, die als Angehörige der Roten Armee fielen und 80.-85.000 die als sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden. Ungezählt sind die Zehntausenden, die durch Hunger, harte Lebensbedingungen und deutsche Bombardements, z.B. während der Blockade Leningrads, Odessas und anderer sowjetischer Städte starben.

Auf dem sowjetischen Territorium begann

die totale Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden, fast die Hälfte starb hier. An dieser Stelle soll nicht vergessen sein, dass durch den nationalsozialistischen Raub- und Vernichtungskrieg auf dem Boden der UdSSR weitere Millionen Menschen – Sinti & Roma, Kommunist_innen und Partisan_innen, sowjetische Zivilist_innen und Angehörige der Roten Armee – starben.

»Dies alles nur zu lesen ist ungeheuer schwer. Der Leser möge mir glauben, dass darüber zu schreiben nicht minder schwer ist. Jemand könnte die Frage stellen: ›Warum über all das schreiben, warum sich an all das erinnern?‹ Es ist die Pflicht des Schriftstellers, die schreckliche Wahrheit zu berichten, die des Lesers, sie zu erfahren. Jeder, der sich abwendet, der die Augen verschließt und vorbeigeht, verletzt das Andenken der Toten.« (Beevor: 2007)

Literatur:

Al'tman, Il'ja (2008):

Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941-1945, Zürich.

Al'tman, Il'ja (2005):

Shoah: Gedenken verboten!, In: *Osteuropa*, 55. Jg., 4-6/2005, S. 149-164.

Arad, Yitzhak (1995):

Der Holocaust an den sowjetischen Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, In: *Schwarzbuch*, S. 1015-1062.

Benz, Wolfgang u.a. [Hrsg.], (1998):

Enzyklopädie des Nationalsozialismus, 3. Aufl., Stuttgart.

Beevor, Anthony (2007):

Ein Schriftsteller im Krieg. Wassili Grossman und die Rote Armee 1941-1945, München. S. 371.

Desbois, Patrick (2009):

Der vergessene Holocaust. Die Ermordung der ukrainischen Juden - eine Spurensuche, Berlin.

Duffy, Peter (2005):

Die Bielski-Brüder, Frankfurt am Main.

Grossman, Chaika (1993):

Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok, Frankfurt am Main.

Lustiger, Arno [Hrsg.]; Al'tman, Il'ja (1995): *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden* von Grossman, Wassili/ Ehrenburg, Ilja, Hamburg.

Lustiger, Arno (2000):

Rotbuch, Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden, Berlin.

Lustiger, Arno (1994):

Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden in Europa 1933-1945, Köln.

Podol'skyj, Anatolij (2008):

Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung, In: *Osteuropa*, 58. Jg., 8-10/2008, S. 445-454.

Tec, Nechama (1996):

Bewaffneter Widerstand. Jüdische Partisanen im Zweiten Weltkrieg, Gerlingen.

Walke, Anika (2007):

Jüdische Partisaninnen - der ver-schwiegene Widerstand in der Sowjetunion, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 37, Berlin.



Lew Chuchman wurde 1985 in Leningrad/St. Petersburg (UdSSR) geboren.

Seine Familie immigrierte über Warschau nach Tel Aviv. Er lebt heute in Ashdod und studiert Geschichte. Sein Interesse gilt der Geschichte des russischen Judentums im 18. Jahrhundert.



Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion von 1941 bis 1990 und der Umgang mit der Shoah in der Sowjetunion

In diesem Beitrag werden in Auszügen die wichtigsten Stationen und Episoden des jüdischen Lebens in der UdSSR von 1941 bis 1990 dargestellt. Auf die Zeit vor 1941 kann aufgrund des begrenzten Rahmens nicht eingegangen werden. Der folgende Beitrag ist chronologisch in drei Abschnitte untergliedert. Der erste Teil ist den »Jüdinnen und Juden in der UdSSR von 1941 bis 1945« gewidmet; eine Zeit, die vor allem durch die Ereignisse im und um den Großen Vaterländischen Krieg geprägt war. Über die Shoah auf dem Staatsgebiet der UdSSR wird in dem Artikel: DIE SHOAH IN DEN BESETZTEN GEBIETEN DER SOWJETUNION ausführlich berichtet. Die ersten Nachkriegsjahre bis zum Tode Stalins werden im zweiten Teil »Jüdinnen und Juden in der UdSSR 1945 bis 1953« unter dem Aspekt der Thematisierung und des Gedenkens an die Shoah unmittelbar nach Kriegsende in der Sowjetunion betrachtet. Der dritte und abschließende Teil »Jüdinnen und Juden in der UdSSR nach 1953« zeigt anhand signifikanter politisch-historischer Ereignisse im Zeitraum von Stalins Tod bis zur Perestroika eine Konstante der sowjetischen Politik auf.

Soviet Jewry between 1941 and 1990 and the issue of the Shoah in the USSR

The article focuses on the life of Soviet Jewry since the outbreak of the Great Patriotic War. Taking into account the important role of the Jewish Anti-Fascist Committee considering the official Soviet position on the Shoah, special attention is drawn on this organization and its efforts to document the extermination of Jewry in the occupied territories of the Soviet Union by Nazi-Germany.

The after-war years as well as the situation of Soviet Jewry in the subsequent years up to the 1980s are summarized by characteristic historical-political events.

Евреи в СССР с 1941 по 1990 гг. и восприятие истории Холокоста в СССР

Статья излагает в краткой форме жизнь евреев в СССР начиная с начала Великой отечественной войны. При этом особое внимание уделяется Еврейскому антифашистскому комитету на фоне официальной позиции по поводу Холокоста, а также усилиям комитета, составить документацию об уничтожении евреев нацистской Германией в оккупированных территориях. Ситуация евреев в СССР в послевоенные годы до поздних 1980-х годов изложена приведением знаменательных событий данного периода.

1. Jüdinnen und Juden in der UdSSR von 1941 bis 1945

Offizielle Sowjetische Politik in den ersten Kriegsmonaten vor dem Hintergrund der Shoah in der UdSSR

Der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hatte eine neue Qualität im Verlauf des Zweiten Weltkriegs, eines der vorrangigen Ziele war die Vernichtung des Judentums in der Sowjetunion. Die Umsetzung erfolgte vor allem durch so genannte Einsatzgruppen und SS-Einheiten, welche unter Zuhilfenahme von Wehrmacht, Polizeibataillonen und freiwilligen einheimischen Helfer_innen direkt nach der Besetzung begannen, die lokale jüdische Bevölkerung zu liquidieren. Da es unter den Jüdinnen und Juden in den Westgebieten der Sowjetunion fast kein Wissen über Liquidierungen der jüdischen Bevölkerung in Polen gab, setzte keine Flucht in den scheinbar sicheren Osten ein.

Bereits kurz nach Beginn des Krieges 1941 gab es im Parteiapparat der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU)* detaillierte Informationen über die massenhafte, gezielte Ermordung von Jüdinnen und Juden in den besetzten Gebieten. Diese Berichte, die vor allem durch Parteistrukturen der KPdSU, des Geheimdienstes *NKWD* und andere Militärinstitutionen übermittelt wurden, belegten diese Fakten eindrücklich. Der belorussische Parteiführer Pomarenko berichtete am 19. August 1941 in einem Bericht an Stalin über die Lage in den besetzten Gebieten Belorusslands: »Die jüdische Bevölkerung ist der schonungslosen Vernichtung ausgesetzt«. (Alt'mann: 2008)

Durch diese Berichte der staatlichen Stellen, aber auch durch Aussagen von geflohenen Rotarmist_innen hatte die sowjetische Führung Mitte 1941 genauere Informationen über die Shoah. Anordnungen von Hilfsmaßnahmen, zum Beispiel durch Evakuierung oder Aufklärung, erfolgten al-

lerdings nicht. Auf Initiative von jüdischen Schriftsteller_innen und Intellektuellen erfolgte am 24. August 1941 eine »Funkübertragung an die jüdische Öffentlichkeit«. In dieser Radiosendung forderten jüdische Schriftsteller_innen, Intellektuelle und Wissenschaftler_innen zum Kampf gegen die Nazis auf und berichteten über die Pläne der Nazis, die Jüdinnen und Juden zu ermorden. Viele Juden und Jüdinnen aus den besetzten Gebieten entschlossen sich deshalb zur Evakuierung. Dabei konnten sich aus den nach dem *Hitler-Stalin-Vertrag* zur Sowjetunion gehörenden ehemaligen Ostgebieten Polens nur diejenigen über die alte Grenze retten, die eine Genehmigung bekamen oder über ein Parteibuch verfügten. Über die Gründe für die fehlende Vermittlung der Informationen über die Shoah in den ersten Monaten des Krieges und die ausbleibende Evakuierung kann nur spekuliert werden. Der Historiker Il'ja Alt'mann führt in seinem Buch *Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941-1945* vor allem das Chaos nach dem plötzlichen militärischen Überfall und die Angst vor einem weiteren Zerfall der Strukturen in den frontnahen Gebieten an. Es gab zwar Evakuierungen, diese umfassten jedoch vor allem Bevölkerungsgruppen aus Behörden und Betrieben sowie Angehörige der Militär- oder Zivilverwaltung.

Im Herbst 1941 wurde durch Viktor Alter und Henryk Ehrlich, Mitglieder des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes und führende Repräsentanten des polnischen Judentums, die Gründung eines sowjetisch-jüdischen Anti-Hitlerkomitees vorgeschlagen. Dieses Komitee sollte Information über die Shoah sammeln und verbreiten. Alter und Ehrlich wurden unter dem Vorwand der Kollaboration mit Deutschland hingerichtet. Das Komitee hat seine Arbeit nie aufgenommen, war aber die erste Initiative für die Gründung eines Komitees, welches explizit Informationen über die Shoah in der UdSSR, aber auch international verbreiten wollte.

»Offizielle« Erklärungen zur Shoah in den sowjetischen Zeitungen

Stalin erwähnte einmal und dann nie wieder die jüdischen Opfer in seiner Rede zur Militärparade am 7. November 1941 und warf den Deutschen »Pogrome« vor. Die Gründe für die explizite Nennung der Opfergruppen können nur spekuliert werden, Alt'mann vermutete, dass sich die UdSSR davon eine stärkere Unterstützung des Auslandes erhoffte.

Im weiteren Verlauf des Krieges änderte sich jedoch die offizielle Linie der Sowjetführung: Die Jüdinnen und Juden wurden nicht länger explizit als Opfergruppe herausgestellt. Bereits ab 1942 wurde nur noch von Opfern der sowjetischen Zivilbevölkerung berichtet. Molotow — Erster Stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare — erwähnte in einer weiteren Note in einem Nebensatz am 6. November 1942 das Massaker von Babi Jar und die 52.000 jüdischen Opfer als eine eigene Opfergruppe. Allerdings wurden in dieser Note nur insgesamt 90.000 jüdische Opfer genannt, bereits zu diesem Zeitpunkt wurde von über 500.000 jüdischen Opfern ausgegangen.

Bereits am 28. April 1942 wurde von Molotow die These von der »Vernichtung der sowjetischen Bevölkerung unabhängig von ihrer Nationalität« (Alt'mann: 2008) formuliert. Ziel war die Einigung der sowjetischen Bevölkerung, um geschlossen gegen die Deutschen zu kämpfen, und dass die Vorstellung vorherrschte, die slawischen Völker seien das »Hauptobjekt von Mord und Gewalt auf dem sowjetischen Territorium« (Alt'mann: 2008). Der Begriff des Großen Vaterländischen

Krieges knüpfte an den als »Vaterländischer Krieg« bezeichneten Feldzug Napoléons gegen Russland 1812 an.

Am 18. Dezember 1942 erfolgte die offizielle Erklärung der Regierungen von zwölf Staaten inklusive der UdSSR, dass die Nazis für ihre Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Als eine Opfergruppe wurden die Jüdinnen und Juden genannt. Am 19. Dezember 1942 wurde in der Zeitung *Iswestja* »Über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas durch die nazistischen Behörden« (Alt'mann: 2008) berichtet. Es wurden Orte der Vernichtung und auch die Opferzahlen genannt. Diese offiziellen Verlautbarungen werden vor allem als Versuch gewertet, im westlichen Ausland sowohl finanzielle als auch ideologische Unterstützung zu erhalten.

Das Jüdische Antifaschistische Komitee (JAFK)

Wenige Monate nach Beginn des Großen Vaterländischen Krieges, am 24. August 1941, fand im größten Park Moskaus unter der Beteiligung von Solomom Michoels, Ilja Ehrenburg, Sergej Eisenstein sowie jüdischen Repräsentant_innen aus dem Ausland und tausenden Anderer, vor allem jüdischer Bürger_innen eine öffentliche Veranstaltung statt. Diese wurde als *Öffentliche Versammlung der Vertreter des jüdischen Volkes* bezeichnet. Als Leiter des Treffens wurde S. Michoels gewählt. Er war Intendant des Staatlichen Jüdischen Theaters Moskau.

Aus der Versammlung heraus erfolgte ein Appell an die Jüdinnen und Juden in aller Welt:



Riva Matook ist 1954 in Kaunas (Litauen) geboren.

Im Jahr 1964 immigrierte sie mit ihren Eltern nach Israel. Sie lebt mit ihrer Familie in Ashdod, ist Hausfrau und engagiert sich in der Kinderbetreuung.



»Brider un schwester, jidn vun der ganzer welt. Uns trennen zwar mächtige Ozeane, aber wir sind vereinigt durch Ozeane von Blut unserer Mütter und Schwestern, unserer Söhne und Brüder, die durch die Faschisten vergossen wurden« (Alt'mann: 2008).

Die Reden, die im Rahmen der Veranstaltung gehalten wurden, sind über Radio Moskau in verschiedenen Sprachen ausgestrahlt worden.

Wann genau das JAFK gegründet wurde, ist unklar, angenommen wird ein Zeitraum zwischen Ende 1941 und Anfang 1942. Offiziell wurde die Gründung am 23. April 1942 auf einer Pressekonferenz des *Sowinformbüros* in Kuibyschew bekannt gegeben. Chef des Komitees wurde Solomon Losowski, ein parteitreues Mitglied des Zentralkomitees, zum Generalsekretär wurde Schachne Epstein gewählt. Er war ein jiddisch schreibender Journalist und Agent des NKWD.

Die erste Plenarsitzung fand am 28. Mai 1942 statt. Themen waren die Dokumentation des Kampfes der »*jüdischen Massen im Vaterländischen Krieg*« sowie ein Aufruf an die »*jüdischen Freunde*« (Lustiger: 1998) im Ausland, die Sowjetunion finanziell zu unterstützen. Bereits zu diesem Zeitpunkt kam es zu Konflikten, da ein Teil des JAFK neben den oben genannten Schwerpunkten auch den Antisemitismus darstellen wollte.

Das JAFK thematisierte in der eigenen jiddischsprachigen Zeitung *Ejnikheit* oder in jiddischsprachigen Radiosendungen die Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden. Es wurde eine eigene Presseagentur gegründet, die bis zum Ende des Krieges über 23.000 Artikel und 3.000 Fotos verschickt hatte. Außerhalb dieser Struktur gelang dies nicht; es gab einzelne Schriften, die zwar darüber berichteten, jedoch nur einen kleineren Personenkreis erreichten.

Die zweite Plenarsitzung fand vom 18. bis 20. Februar 1943 in Moskau statt. Dieses Treffen brachte die Kontroversen offen zur

Sprache: Für einen Teil der Teilnehmer_innen war das JAFK nur eine Propagandaabteilung, da alle Veröffentlichungen mit dem Sowinformbüro abgestimmt werden mussten. Weiterhin gab es Debatten über die Veröffentlichung von antisemitischen Ausschreitungen und Antisemitismus in der sowjetischen Gesellschaft und in den befreiten Gebieten.

Im März bekam das JAFK die Möglichkeit, eine Reise in die USA durchzuführen. Als Vertreter wurden Itzik Feffer und der Präsident Solomon Michoels ausgewählt. Die Reise, die neben den USA auch nach Mexiko, Kanada und England führte, wurde zu einem großen propagandistischen und finanziellen Erfolg. Tausende Menschen besuchten Veranstaltungen, die in den größten Städten der USA stattfanden, unter anderem in New York, Boston, Chicago. Infolge der Reise wurden hunderte Hilfskomitees gegründet und über 45 Millionen Dollar für die Rote Armee gesammelt. Das Geld wurde in Form von Kriegsanleihen, Maschinen, Krankenwagen, Bekleidung und anderen kriegswichtigen Dingen zur Verfügung gestellt.

Die letzte Versammlung der JAFK fand mit 3.000 Teilnehmer_innen am 2. April 1944 wieder in Moskau statt. Im Vordergrund standen Berichte über die Shoah; jüdische Soldat_innen, Partisan_innen berichteten über ihre Fronterfahrungen sowie über die Morde an Jüdinnen und Juden in ihren Einsatzgebieten.

2. Jüdinnen und Juden in der UdSSR von 1945 bis 1953

Das Schwarzbuch

Die weitere Geschichte des JAFK ist unweigerlich mit der Erstellung des *Schwarzbuchs* verknüpft. Die Idee für das Buch stammte von Albert Einstein, dem Vorsitzenden des Amerikanischen Komitees jüdischer Schriftsteller_innen, Künstler_innen

und Wissenschaftler_innen. Ziel war es, Dokumente über die Vernichtung der Jüdinnen und Juden in den besetzten Ländern Europas zu sammeln und zu dokumentieren. Bereits 1943 wurde im JAFK über dieses Projekt diskutiert und die Idee dem Sowinformbüro vorgelegt. Nach der Genehmigung wurde in der *Ejnikkeit* darüber berichtet und die Leser_innen aufgefordert, Berichte und Dokumente an die Redaktion zu senden. Im Frühjahr wurde der Autor Ilja Ehrenburg zum Leiter der literarischen Kommission ernannt, im September wurde Wassili Grossman aufgenommen. Er hatte bereits als Korrespondent der Armeezeitung *Roter Stern* Berichte über die Verbrechen gesammelt.

Es entstanden zwei Redaktionen, das JAFK sammelte und sichtete die Informationen, die für den Druck im Ausland – vor allem in den USA – bestimmt waren. Die literarische Kommission sammelte die Unterlagen für eine russischsprachige Ausgabe.

Über die Ausrichtung und Aufarbeitung der Berichte über die Shoah kam es zu Kontroversen innerhalb der literarischen Kommission. 1944 wurde vom JAFK eine Sammlung von 552 Seiten in die USA zur Erstellung des *Schwarzbuchs* geschickt. Dies führte im Verlauf dazu, dass Ehrenburg 1945 den Vorsitz abgab und dieser nach Gründung einer neuen Kommission von Grossman übernommen wurde. Parallel dazu verschärfte sich der Konflikt über die Inhalte des russischsprachigen *Schwarzbuchs*. Besonders kritikwürdig wurden das Herausstellen der Jüdinnen und Juden als Opfer, die Berichte über Kollaboration und Beteiligung an der Shoah durch die einheimische Bevölkerung in den besetzten Gebieten sowie der virulente Antisemitismus in der UdSSR gesehen. 1947 wurde schließlich dem *Emes*-Verlag der Auftrag erteilt, das Buch zu setzen und 50.000 Exemplare zu drucken. Während des Druckvorganges wurde dieser von der zentralen Zensurbehörde für Literatur und Presse Glawlit gestoppt. Am 7. Oktober teilte ein Mitarbeiter der Propagandaabteilung

namens Morosow mit, dass das Buch wegen der oben genannten Einwände nicht erscheinen könne.

Die amerikanische Ausgabe des *Schwarzbuchs* wurde als *Black Book. The Nazi Crime against the Jewish People* am 26. Juli 1946 im großen Saal des Kongresses in einer offiziellen Zeremonie an Senator_innen und Kongressabgeordnete übergeben. An der anschließenden Pressekonferenz nahmen alle damals wichtigen Nachrichtenagenturen teil. Diese Ausgabe enthielt aber nicht alle vom JAFK genutzten Dokumente. 1980 erschien eine russischsprachige Ausgabe, herausgegeben von Yad Vashem. Die erste deutschsprachige Ausgabe erschien 1994.

Was nicht im Schwarzbuch stand oder nicht stehen sollte

Nach der Perestroika und dem Zugang zu einem Teil der Archive des KGB sowie zum Archiv des JAFK wurde auch das Original-Manuskript des Schwarzbuchs vor der Zensur gefunden. Dadurch wurde ersichtlich, welche Zielrichtungen die sowjetische Politik möglicherweise verfolgte. Ein Beispiel ist eine Passage aus dem Vorwort von Wassili Grossman, bei der er die »kulturelle Betätigung« der Juden und Jüdinnen als Form des »ideologischen Protests« (Lustiger: 1998) bezeichnet. Diese Form des ideologischen und geistigen Widerstandes als Vorstufe zum bewaffneten Widerstand wurde von der sowjetischen Politik nicht geteilt, die Jüdinnen und Juden sollten ihre Kultur nicht offen ausleben können. Weiterhin wurden Aussagen über Kollaboration oder Beteiligung der einheimischen Bevölkerung am Holocaust sowie der Verweis auf den Beitrag der Jüdinnen und Juden am Widerstand gegen die Deutschen gestrichen. 1993 wurden aus dem Archiv des JAFK insgesamt 93 unveröffentlichte Berichte in dem Buch *Das unbekannte Schwarzbuch* von Mitarbeiter_innen des Archivs der russischen Föderation sowie Historiker_innen von Yad Vashem veröffentlicht.

Das Ende des JAFK

Schon während, aber zunehmend nach dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges, verschlechterte sich die Situation der Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion merklich. Die Überlebenden der Shoah konnten nicht ohne weiteres in ihre Städte und Dörfer zurückkehren. Oftmals wurden die alten Häuser und Wohnungen von anderen bewohnt, es gab auch Pogrome gegenüber zurückkehrenden Jüdinnen und Juden, wie zum Beispiel in Kiew. In der Kunst und Kultur, aber auch in der Wissenschaft wurden explizit Jüdinnen und Juden aus führenden Ämtern entfernt. Das JAFK hatte einen zunehmenden Einfluss auf die Jüdinnen und Juden in der Sowjetunion, es wurde im Ausland als Vertreter der sowjetischen Jüdinnen und Juden wahrgenommen. Den Mitgliedern des JAFK wurde zunehmend auch ein antisowjetischer Nationalismus unterstellt. Die Kontakte ins Ausland, die für die Unterstützung der Sowjetunion und die Spendensammlung für die Rote Armee sowie später für die Erstellung des Schwarzbuchs bestanden, wurden dem JAFK nun zum Verhängnis.

Im Januar 1948 wurde Michoels, der Vorsitzende des JAFK, bei einem inszenierten Autounfall durch den Geheimdienst in Minsk getötet. Die anderen Mitglieder des JAFK wurden Ende 1948 inhaftiert, ihnen wurde Spionage für das Ausland, der Versuch der Gründung eines jüdischen Staates auf der Krim und Kosmopolitentum vorgeworfen. Am 28. Januar 1949 erschien in der *Prawda* ein Artikel unter dem Titel *Über eine antipatriotische Gruppe von Theaterkritikern*, in dem mehrere jüdische Schriftsteller_innen als Parasiten diffamiert wurden. Daraufhin wurden viele jüdische Schriftsteller_innen verhaftet und 13 von ihnen am 22. August 1952 hingerichtet.

Das Gedenken an die Shoah in der Sowjetunion

Bereits nach der Befreiung stand für die Überlebenden die Frage nach dem Geden-

ken an die Opfer im Vordergrund. Denkmäler wurden von den Überlebenden mit jiddischer Inschrift oder explizitem Verweis auf jüdische Opfer errichtet. Es war jedoch offiziell nur gestattet, die Opfer als »zivile Sowjetbürger_innen« zu bezeichnen. Die Regulierung ging soweit, dass bereits bestehende Denkmäler von jüdischen Gemeinden umgestaltet werden mussten. Ein Beispiel sind die Denkmäler für die jüdischen Männer, Frauen und Kinder in Nevel, bei denen auf Anordnung der Behörden der Davidstern durch einen fünfzackigen Stern ersetzt wurde.



Das Projekt *Untold Stories – The Murder Sites of the Jews* aus Yad Vashem dokumentiert einige kleinere Denkmäler – auch aus der Zeit zwischen 1945 und 1960.

Erst 1976 wurde ein Mahnmal in *Babi Jar* errichtet, das aus politischen Gründen nicht die ermordeten Jüdinnen und Juden erwähnte. 1991 wurde ein neues Mahnmal in Form einer *Menora* errichtet. Es dient heute als zentrale Gedenkstätte. Ein künstlerisches Mahnmal ist jedoch Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht *Babi Jar* (<http://geschichtest.ge.funpic.de/babijar.html>). Dieses

wurde 1961 publiziert. Dmitri Schostakowitsch verwendete das Gedicht als Teil seiner 13. Symphonie, die 1962 veröffentlicht wurde. Allerdings wollte die sowjetischen Regierung eine Veröffentlichung verhindern. Dies gelang ihr nicht, allerdings musste Schostakowitsch Änderungen vornehmen, wie den Verweis, dass das gesamte russische Volk Opfer war und nicht explizit Jüdinnen und Juden sowie die Streichung des Verweises auf Babi Jar. Alle Versuche eines offiziellen Gedenkens durch jüdische Gruppen oder Organisationen wurden unterbunden und oftmals bestraft. Besonders konsternierend ist der Umgang der Sowjetunion mit den Überlebenden der Ghettos, denn diese wurden in der Mehrzahl als Kollaborateur_innen in den *GuLag* transportiert und trafen dort oftmals auf die einheimischen Helfer_innen der Deutschen an der Shoah.

3. Jüdinnen und Juden in der UdSSR nach 1953

Sowjetische Ideologie und Realität

Will man eine Konstante in der sowjetischen Politik der Nachkriegszeit gegenüber der jüdischen Bevölkerung und deren Interessen aufstellen, so ist eine permanente Diskrepanz zwischen deklariertem Anspruch und Realität zu konstatieren.

Zielte die sowjetische Ideologie darauf ab, alle Sowjetbürger_innen ungeachtet ihrer Nationalität, Ethnie bzw. Religion gleichberechtigt zu behandeln, wurde diesem erklärten Prinzip alles untergeordnet, wie beispielsweise die Erinnerung an die Shoah. Jegliches Bestreben, das diesem Muster widersprach, wurde als antisowjetische Handlung gedeu-



Swetlana Keller ist 1947 auf der Krim, Ukraine, geboren.

Im Dezember 1993 wanderte sie nach Deutschland aus. Heute lebt sie in Dessau. Dort ist sie seit sieben Jahren Mitglied im Vorstand der jüdischen Gemeinde. Als Ehrenamtliche unterstützte sie andere Gemeindemitglieder u.a. bei Übersetzungen und Behördengängen. Außerdem berät sie, als studierte Medizinerin, die Mitglieder bei gesundheitlichen Problemen.

tet und im Umkehrschluss ganz bewusst eingesetzt, um repressiv gegen große Teile der Bevölkerung vorzugehen.

Die Ärzteprozesse

Stalin instrumentalisierte im Jahr 1952 die persistenten antijüdischen Stimmungen innerhalb der Bevölkerung in den so genannten Ärzteprozessen gegen (nicht ausschließlich) jüdische Mediziner_innen und Wissenschaftler_innen. Unter der fadenscheinigen, doch nicht minder gefährlichen Anklage, den Mord an Stalin und die Machtergreifung zu planen, drohte den Angeklagten die Todesstrafe. Die sowjetische Presse begleitete den Prozess mit unmissverständlich antisemitischen Artikeln. Kurz vor Verkündung der Urteile starb Stalin am 5. März 1953, was den Angeklagten das Leben rettete.

Die im Zuge der Ärzteprozesse kurz vor dem Tod Stalins kursierenden Gerüchte und Befürchtungen über staatliche Pläne, die jüdische Bevölkerung in Gulags zu deportieren, waren dadurch jedoch noch nicht ausgeräumt.

Dies liegt daran, dass nach dem Tod Stalins zunächst kaum abzusehen war, wie sich die Machtverhältnisse neu ordnen und welchen unmittelbaren Einfluss sie auf die Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung haben würden.

Erst einen Monat später, am 3. April 1953, fanden die so genannten »82 Tage der Angst« (Lustiger: 1998) der sowjetischen Jü-

dinnen und Juden mit der Rehabilitierung der angeklagten Professor_innen und Mediziner_innen ein Ende.

Staatlicher Antisemitismus nach dem Tod Stalins

Mit der Rede Nikita Chruschtschows – Nachfolger von Stalin – auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde am 25. Februar 1956 die euphemistisch bezeichnete und in den russischen allgemeinen Sprachgebrauch übergegangene »Phase des Tauwetters« eingeleitet. In dieser Umbruchszeit war völlig unklar, wohin die Entwicklung gehen würde. Wichtige ideologische Protagonist_innen der Stalin-Jahre blieben ungeachtet der verkündeten Entstalinisierung an der Macht.

Die Tatsache, dass nach 1957 Personen »jüdischer Nationalität« kaum noch hohe führende Positionen erhielten, spricht deutlich für die Existenz eines allgegenwärtigen, verdeckten Antisemitismus – eine Linie, die sogar noch strikter als zu Zeiten der Repressionen unter Stalin gehandhabt wurde.

Auch die unter Chruschtschow angestregten »Wirtschaftsprozesse« nach 1958 boten ein Szenario für staatlichen Antisemitismus: Offiziell wurde gegen Spekulant_innen vorgegangen, denen häufig Kontakte nach Israel in Verbindung mit Schädigung der sowjetischen Wirtschaft oder auch Schwarzhandel vorgeworfen wurden.

Nach dem Sturz Chruschtschows verschärfte sich 1960 unter Leonid Breschnew



Uriel Kashi ist Mitarbeiter des German Desk in Yad Vashem (Jerusalem).

Er schrieb seine Masterarbeit zu »Jüdischer Identität im Nachkriegsdeutschland« und arbeitete anschließend sieben Jahre im jüdischen Museum Berlin. Sein Schwerpunkt in Yad Vashem liegt auf der Lehrer_innenfortbildung.

die antisemitische Stimmung in der Sowjetunion in Form von antizionistischen Kampagnen. In der sowjetischen Presse wurden unter dem Begriff »*Zionist_in*« alle Jüdinnen und Juden als antisowjetisch hingestellt, zahlreiche Publikationen antisemitischen Inhalts wurden staatlich sanktioniert. Die wenigen Publizist_innen, die gegen die pauschale Darstellung protestierten, hatten mit weit reichenden Konsequenzen wie zum Beispiel Berufsverbot zu rechnen.

Erstarkende jüdische Dissidentenbewegung

Im Juni 1967 wurde die diametrale Positionierung zwischen den sowjetischen Jüdinnen und Juden und der Staatsführung besonders deutlich. Als im *Sechs-Tage-Krieg* Israel die Auseinandersetzung gewann, wurden sich viele sowjetische Jüdinnen und Juden angesichts der Unterstützung der arabischen Seite durch die Sowjetunion bewusst, dass die Ablehnung der zionistischen Idee durch die sowjetische Ideologie auch konkret gegen sie gerichtet war. Somit stieg in dieser Zeit die Zahl der Ausreisewilligen enorm an.

Dass sie mit einem Antrag auf Ausreise ihre gesamte gesellschaftliche Existenz aufs Spiel setzten, belegt der in dieser Zeit geprägte Begriff *Refusenik*, im Russischen *отказник*, eine Bezeichnung für Personen, deren Ausreiseantrag abgelehnt wurde und die nun angesichts Berufsverbots, Repressionen und sozialer Unsicherheit an den Rand der gesellschaftlichen Existenz gedrängt wurden.

Im Verlauf der 1960er Jahre erstarkte die Dissident_innenbewegung, in der auch jüdische und zionistische Interessen Eingang fanden. War in der Sowjetunion das »*Jüdischsein*« als Nationalität definiert und auch im Pass unter dem Paragraphen Nr. 5 verzeichnet, so forderten die Dissident_innen das Recht auf die Ausübung ihrer jüdischen Kultur, Sprache, ihrer jüdischen Geschichte und Traditionen. Ein Aufsehen erregendes Ereignis bot sich den Moskauer_innen beispielsweise im Oktober 1967, als sich 20.000 Jüdinnen und Juden vor

der Moskauer Synagoge versammelten, um gemeinsam *Simchat Thora* zu feiern und gegen die sowjetische Politik zu protestieren.

Angesichts der unhaltbaren Situation und der stetig wachsenden Anzahl ausreisewilliger Jüdinnen und Juden bildeten sich Ende der 1960er Jahre in vielen Städten Aktivist_innengruppen, die einerseits für das Recht kämpften, ihr »*Jüdischsein*« frei leben zu können, andererseits das Recht auf Auswanderung einklagten. Diese Bewegung wurde staatlicherseits massiv bedrängt; allein zwischen 1970 und 1972 wurden in Moskau, Leningrad, Kiew, Tschernowitz, Odessa und anderen größeren Städten hunderte von Aktivist_innen festgenommen und Prozesse gegen sie angestrengt.

Die Leningrader Prozesse 1970/1971

Wie aussichtslos Vielen der Kampf gegen die offizielle Politik erschien, wird am spektakulären Beispiel der Leningrader Prozesse 1970/1971 besonders deutlich. Angesichts der zahlreichen Ablehnungen von Auswanderungsgesuchen und der alltäglichen Schikanen radikalisierte sich eine Gruppe von elf sowjetischen Jüdinnen und Juden um Mark Dymshiz und Edward Kusnezow.

Ihr Versuch, ein Flugzeug zu entführen und damit die Sowjetunion zu verlassen, scheiterte. Die elf Flüchtlinge wurden in einem Prozess zu hohen Strafen verurteilt. Gegen die beiden Hauptangeklagten wurde sogar die Todesstrafe verhängt, erst durch eine solidarische Protestwelle, auch im Ausland, wurden die Strafen zu 15 Jahren Gefängnis revidiert. Beide wurden später vorzeitig entlassen und konnten schließlich nach Israel auswandern.

Einer der prominentesten Aktivisten der Protestbewegung war der Menschenrechtler Andrej Sacharow, der später für sowjetische Verhältnisse ungewohnt deutlich die antiisraelische Position der sowjetischen Führung im *Jom-Kippur-Krieg* 1973 kritisierte.

Nach den Leningrader Prozessen räumte die Sowjetregierung 1975 unter dem Druck der Weltöffentlichkeit ein Recht auf Auswanderung ein, indem sie das *Helsinki-Abkommen* unterzeichnete.

Dieses Abkommen enthielt u.a. Vereinbarungen über Menschenrechte, Sicherheitsfragen sowie Fragen der Zusammenarbeit in humanitären Angelegenheiten zwischen West- und Osteuropa. Daraufhin konnten zwischen 1971 und 1977 155.000 Juden und Jüdinnen die Sowjetunion verlassen.

Dennoch sahen sich diejenigen, die einen Ausreiseantrag gestellt hatten, weiterhin Schikanen ausgesetzt. Dazu zählten u.a. fiktive Steuern »als Entschädigung für die vom Staat finanzierte akademische Bildung« (Lustiger:

1998), Einberufungen zum Militärdienst sowie die bereits erwähnten Entlassungen von ihren Arbeitsstellen. Solche Repressionen gegen Jüdinnen und Juden, die einen Antrag auf Ausreise stellten, hielten bis Mitte der 1980er Jahre an.

Die Unmöglichkeit, innerhalb dieser permanent uneindeutigen Bedingungen zu agieren, wird u.a. anhand der Polarisierung in der sowjetischen Presse deutlich, die einerseits versicherte, dass alle Sowjetbürger_innen ungeachtet ihrer Nationalität gleichberechtigt seien, andererseits der zionistischen Bewegung die Schuld an antisemitischen Stimmungen in der Gesellschaft zuschrieb.



Diese offizielle Linie wurde von der politischen Führung selbst dann nicht aufgegeben, als die Auswanderungswelle immer weiter anstieg. So äußerte sich Breschnew auf dem 26. Kongress der KPdSU am 23. Februar 1981:

»Die KPdSU hat und wird immer entschlossen gegen solche Erscheinungen [inter-ethnische Spannungen] kämpfen, die dem Wesen des Sozialismus ebenso wie Chauvinismus oder Nationalismus fremd sind, also gegen jegliche nationalistische Verirrungen wie zum Beispiel Antisemitismus oder Zionismus [...]«. (engl. Zitat in: Korey: 1984; übersetzt)

Gorbatschow als Hoffnungsträger

Als Gorbatschow im März 1985 die Reformprogramme Perestroika und Glasnost verkündete, hofften breite Schichten der Bevölkerung nach den so genannten »Jahren der Stagnation« der Breschnew-Ära auf eine generelle Verbesserung der gesamten politischen und gesellschaftlichen Lage. Tatsächlich kam es in den darauf folgenden Jahren zu einer staatlich nicht nur geduldeten, sondern in bestimmten Bereichen (wie etwa Theater und Musik) geförderten Wiederbelebung der jüdischen Kultur: Es war wieder erlaubt, Hebräischkurse zu besuchen, man hatte keine Konsequenzen zu befürchten, wenn man die Synagoge besuchte und über 100 jüdische Zeitungen wurden in dieser Zeit gegründet. Zahlreiche vorher verbotene literarische

Werke wurden erst dann verlegt, nicht selten waren bereits Jahrzehnte seit deren Niederschrift vergangen.

Ein prominentes Beispiel ist der Roman *Leben und Schicksal* von Wassili Grossman. In der UdSSR konnte der 1961 konfiszierte Roman vor 1989 nicht publiziert werden. Wassili Grossman, auch federführend bei der Konzeption des *Schwarzbuchs*, hatte sehr unter dem Publikationsverbot seines Lebenswerks zu leiden. Er erkrankte schwer und starb kurz darauf im Jahr 1964.

Dass im Zuge der neuen Redefreiheit jedoch auch offen nationalistische, chauvinistische und antisemitische Publikationen ungehemmt verbreitet werden konnten, ist eine der prägenden Phänomene der Ära Gorbatschow und der folgenden Jahre.

Die hier geschilderten Ereignisse sowie andere Gründe führten dazu, dass viele jüdische Sowjetbürger_innen für sich in der UdSSR keine Zukunft mehr sahen und sich zur Ausreise entschlossen. Waren zwischen Mitte der 1970er und 1980er Jahre bereits über 250.000 Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion ausgereist, so kündigte die Ausreise von 71.509 Jüdinnen und Juden im Jahr 1989 die bevorstehende Auswanderungswelle nach Zusammenbruch des Sowjetsystems bereits an.

Literatur

Alt'mann, Il'ja (2008): *Opfer des Hasses. Der Holocaust in der UdSSR 1941-1945*, Northeim-Sudheim: Muster-Schmidt Verlag.

Grossmann, Wassili/ Ehrenburg, Ilja (1994): *Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden*, Rowohlt, Reinbek.

Haumann, Heiko (1998): *Geschichte der Ostjuden*, Deutscher Taschenbuch Verlag.

Korey, William (1984): *Brezhnev and Soviet Anti-Semitism*. In: Freedman, Robert O.: *Soviet Jewry in the Decisive Decade, 1971-80*. Durham.

Lustiger, Arno (1998): *Rotbuch, Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des jüdischen Antifaschistischen Komitees und der sowjetischen Juden*, Aufbau-Verlag.

Meyer, Krzysztof (2009): *Schostakowitsch. Sein Leben, sein Werk, seine Zeit*. Schott, Mainz.



פס
צ
בית

Emigration aus der Sowjetunion

Seit den 1970er Jahren sah sich die Sowjetunion (SU) mit verschiedensten Emigrationswellen konfrontiert. Zwischen 1970–1974 wanderte ein Großteil der jüdischen Bevölkerung der SU nach Israel aus. Dies basierte auf einer zionistischen Begründung, welche bis 1978 als Haupteerklärung für Emigration galt. Eine Veränderung vollzog sich, als die Emigration der jüdischen Bevölkerung aus den europäischen Gebieten der Sowjetunion zunahm. Viele der Ausreisenden machten nicht, wie die Jüdinnen und Juden zuvor *Aliyah*, sondern emigrierten in die USA, Kanada oder Deutschland. Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre verließen über 260.000 Jüdinnen und Juden sowie deren Familienmitglieder die Sowjetunion, wovon ca. 160.000 nach Israel und über 100.000 in andere Länder ausreisten. Im Zuge der *Perestroika* stieg die Migrationswelle in kürzester Zeit erneut sprunghaft an. Zwei Hauptursachen der Ausreisewelle zu diesem Zeitpunkt waren der ökonomische Einbruch der SU und der stets vorhandene latente Antisemitismus der einheimischen Bevölkerung.

Emigration from the Soviet Union

During the last centuries there have been many waves of emigration by Jews from the Soviet Union. Since 1990 more than 220.000 Jews and their family members emigrated to Germany. An even higher number of Jewish citizens of the SU, however, left for Israel. About one million Soviet Jews have been accommodated by Israel since its foundation in 1948. The people we interviewed in Germany and Israel told us very moving stories about the reasons, the process and the consequences of their emigration.

Эмиграция из Советского Союза

В течение прошедших десятилетий произошли многочисленные волны эмиграции евреев из Советского Союза. С 1990 года в Германию переселились более 220000 евреев (включая членов их семей). Ещё намного больше евреев эмигрировали из Советского Союза в Израиль. Со дня образования государства Израиль в 1948 году туда переселились более одного миллиона советских евреев. Люди с которыми мы вели интервью поделились с нами своими трогательными рассказами о причинах, времени и последствиях своей эмиграции.

»Und plötzlich, plötzlich 1991. Viele Familien verreisen von meine Familie zum Beispiel. Bekannte usw. [...] Das war Probleme mit Gorbatschow usw. und diese Probleme mit Markt vor '90 und nach '90 Jahre. War dort mit Pogromen, ich habe selbst das überlebt, es war schreckliche Zeit.« (Anna Iljin)

Bis heute steht Israel an erster Stelle der Einwanderungsländer. Mittlerweile entschieden sich über eine Million Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion in den jüdischen Staat auszuwandern. Die USA sind das zweitwichtigste Zuwanderungsland für die jüdischen Migrant_innen, noch vor Deutschland.

Jüdische Migration nach Deutschland

In den Emigrationsbewegungen der Jahre 1973–1980 und 1987–1989 entschied sich zunächst nur ein geringer Teil der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion nach Deutschland zu immigrieren. Ein Einwanderungsboom vollzog sich erst Ende 1989, als sich leichtere Einreisemöglichkeiten nach Deutschland boten (vgl. **NEUREGELUNG ODER EINWANDERUNGSSTOPP?**). Seitdem wanderten 220.000 Jüdinnen und Juden sowie deren Familienmitglieder aus der SU in die *Bundesrepublik Deutschland (BRD)* ein.

Die Gründe für die Auswanderung in die BRD waren sehr vielfältig. Die wenigsten besaßen Kenntnisse über das Leben in Deutschland. Für viele Jüdinnen und Juden stellte die BRD ein wohlhabendes und großmütiges Land der »*Dichter und Denker*« dar. So war die Annahme verbreitet, dass es aufgrund der geographischen Nähe kulturel-

le Überschneidungen zwischen der SU und Deutschland gibt, was eine Integration erleichtern würde.

Der Zustrom nach Deutschland basierte außerdem auf den vereinfachten Einwanderungsregelungen. Obwohl die USA für viele jüdischen Sowjetbürger_innen bis zum Schluss das Traumziel blieb, stellte die Migration in die Vereinigten Staaten aufgrund der strengeren Bestimmungen eine große Hürde dar. Eine Einwanderung der sowjetischen Jüdinnen und Juden in die BRD als sogenannte Kontingentflüchtlinge war hingegen relativ schnell und unkompliziert möglich (vgl. **NEUREGELUNG ODER EINWANDERUNGSSTOPP?**).

Die Jüdinnen und Juden, welche Deutschland als Migrationsland wählten, wurden oft mit dem Vorwurf konfrontiert, ins »*Land der Täter*« einzuwandern. Vor allem der Jüdische Weltkongress und andere jüdische Organisationen aus den USA und Israel entgegneten dem mit Unverständnis und Kritik. Hierbei handelt es sich jedoch um einen inner-jüdischen Konflikt, dem sich die überwiegende Anzahl der Migrant_innen nicht annahm. Sie entschlossen sich unabhängig von ideologischen Gründen für eine Zuwanderung.

Soziale und ökonomische Folgen

Viele der jüdischen Migrant_innen erfahren in Deutschland einen sozialen Abstieg. Einige Zuwander_innen sind von Umstellungsproblemen, Einsamkeit und Orientierungsdefiziten aufgrund des Verlusts ihrer bekannten Umgebung und einer damit verbundenen Sicherheit geplagt. Teilweise erleiden die Jüdinnen und Juden aus der SU in

Anna Iljin* ist 1947 in Dnepropetrowsk, Ukraine, geboren.

Nach Deutschland reiste sie mit ihrer Familie 1998 ein und lebt seit dem in Dresden. Ihr Diplom als Zahnärztin wurde zwar anerkannt, aber sie konnte sie in Deutschland keine Anstellung in einer Praxis finden. Daher ist sie seit 2003 ehrenamtlich in den verschiedensten Projekten der jüdischen Gemeinde aktiv. Sie fungiert dort u.a. als Dolmetscherin aber auch als sozialmedizinische und psychologische Betreuerin. (* Name geändert)



Deutschland einen hohen Statusverlust. Die Erwartungen der Einwander_innen wurden in vielen Fällen durch die hohe Arbeitslosigkeit, welche häufig auf die Nichtanerkennung von Abschlüssen, die Ablehnung durch deutsche Arbeitgeber_innen sowie Sprachprobleme zu zurückzuführen ist, sehr enttäuscht.

Bedingt durch die oft vorhandenen Sprachprobleme fällt es den Migrant_innen schwer, soziale Netzwerke außerhalb der jüdischen Gemeinde aufzubauen. In ihrem Sozialverhalten knüpfen sie an das Herkunftsland an, d.h. der Ausbau von Beziehungen basiert auf regionaler Herkunft, politischer Anschauung und gesellschaftlicher Stellung. Dies führt zur Organisation und zum Aufbau unabhängiger subkultureller Strukturen, was eine Integration schwierig macht.

Beziehung zu den jüdischen Gemeinden

Dass die jüdische Einwanderung zu einem dem quantitativen gleichwertigen qualitativen Wachstum des Judentums in Deutschland beigetragen hat, ist ein Trugschluss (vgl. **»JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL**). Richtig ist, dass die Zahl der Mitglieder in den jüdischen Gemeinden gestiegen ist und neue Gemeinden durch die Migration entstanden sind. Allerdings nimmt der Großteil der Einwander_innen die jüdischen Gemeinden nicht als religiöse Institutionen, sondern als soziale Einrichtungen wahr. Ursache dessen ist die kaum vorhandene religiös-kulturelle Identifizierung der Migrant_innen mit dem Judentum. Viele der Jüdinnen und Juden aus der Sowjetunion haben eine atheistische Haltung verinnerlicht. Mit ihrem *»Jüdischsein«* verbinden sie daher nicht notwendigerweise ein Leben nach jüdischen Traditionen und Regeln. In den meisten Gemeinden setzte — bedingt durch den erheblichen Anstieg der jüdischen Zuwander_innen — daher ein starker Wandlungsprozess ein. Die Konflikte in den Gemeinschaften unterscheiden sich je nach Größe und Zusammensetzung der jüdischen Gemeinden. Kern der Problematik ist in den meisten Fällen die Ausrichtung

der Gemeinden. So differenziert die Sicht darauf, ob es sich bei den Einrichtungen um einen *»politischen Rahmen beziehungsweise einen organisatorischen Gehäuse«* (Jasper: 2000) handelt oder ob die jüdischen Gemeinden für die Herausbildung einer religiösen Identität zuständig sind.

Die Angst vieler alteingesessener Jüdinnen und Juden, ihre Stellung in den Gemeinschaften zu verlieren und die Befürchtung, zu Fremden in der eigenen Gemeinde zu werden, führt zu weiteren Auseinandersetzungen. Diskriminierung von Migrant_innen innerhalb jüdischer Gemeinden schließt das mit ein. So wird nicht selten die Anerkennung der Einwander_innen als Jüdinnen oder Juden von manchen Alteingesessenen in Frage gestellt. Darüber hinaus müssen sie vielfach als *»Sündenböcke«* für die Probleme in den jüdischen Gemeinden herhalten. Hinter all den Mechanismen versteckt sich meist die Sorge um das Überleben des Judentums in Deutschland. Oftmals überwiegt die Wahrnehmung bei den Alteingesessenen, dass die Integration der Migrant_innen in den jüdischen Gemeinden hauptsächlich in den sozialen Leistungen, welche ihnen geboten werden, begründet liegt. Hierbei handelt es sich jedoch um eine eingeschränkte Sichtweise. Das Interesse der Zuwander_innen geht darüber hinaus, auch wenn das Engagement in den Gemeinden nicht ausschließlich auf religiösen Gesichtspunkten beruht. Das Verhältnis zum *»Jüdischsein«* veränderte sich bei einigen Migrant_innen durchaus. Die Beziehung zwischen den sowjetischen Einwander_innen und den jüdischen Gemeinden bedingt sich also wechselseitig (vgl. **»JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL**).

Entdeckung der eigenen Geschichte

Eine Auseinandersetzung mit der Shoah in der Geschichtsschreibung der SU, sowie in den Familien der Einwander_innen selbst, existierte kaum. Daraus resultiert, dass die sowjetischen Jüdinnen und Juden kein kollektives Gedächtnis über die Jüdinnen und

Juden als Opfer der Shoah besitzen.

»Für Holocaust unsere Leute. Holocaust für deutsche Überlebende, Holocaust deutsche alte diese, das ist eine Geschichte. Meistens sie sind vergast, getötet, KZ und so weiter. Aber das ein Prozent, nicht ein Prozent, das ist Dutzende Prozente. Bei uns absolut andere. Unsere Eltern [...] meine Eltern haben uns bewahrt, haben nichts erzählt.[...] Wir haben schon gewusst: das war Krieg usw. Was schon geschehen mit Juden — wir haben das nicht gewusst. Unsere Eltern haben uns gehütet.« (Anna Iljin)

Die Thematisierung der Shoah und deren Gedenken hat in Deutschland hingegen seit den 1960er Jahren eine Intensivierung erfahren. Eine wichtige Rolle in der Geschichtsaufarbeitung ist das gemeinsame Erinnern der jüdischen Gemeinden und nicht-jüdischen Bürger_innen am Tag der Novemberpogrome von 1938. Die jüdischen Migrant_innen jedoch identifizieren sich nicht als Opfer-Kollektiv, sondern sehen sich selbst als Teil des Volks der Kämpfer_innen und Sieger_innen. Deshalb begehen sie beispielsweise den 8. bzw. 9. Mai als wichtigsten Gedenk- und Feiertag. Aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Vergangenheit und der unterschiedlichen Geschichtsbilder innerhalb der jüdischen Gemeinden kommt es vereinzelt zu Konflikten. Ein positiver Effekt der Konfrontation wiederum ist eine intensivere und differenziertere Beschäftigung der jüdischen Einwander_innen mit dem Judentum, den Verbrechen Nazi-Deutschlands und der eigenen Familiengeschichte.

»[...] ich habe nicht gelernt unsere Geschichte. Geschichte als Vernichtung der Juden. [...]Ich habe das nie gewusst, dass waren Ghetto in Westukraine. Ich wohnte in Ostukraine. Ich habe das gehört, gibt es diese Massenvernichtung, aber für Ghetto - das habe nicht gehört, ich schwöre Ihnen. Und plötzlich ich sehe diesen Film. Und diese Reaktion von meiner Familie.« (Anna Iljin)

Diskriminierung und Antisemitismus

Die Erfahrung, dass Antisemitismus kein Phänomen ist, was ausschließlich auf die frühere Sowjetunion zutrifft, musste eine Vielzahl der jüdischen Migrant_innen in den letzten Jahren machen. Da die Zuwander_innen einerseits als Juden oder Jüdinnen, andererseits als »Ausländer_innen« wahrgenommen werden, sind sie oftmals neben Antisemitismus auch Rassismus ausgesetzt. Somit werden sie auf doppelte Weise diskriminiert.

Zusätzlich instrumentalisierte die BRD die sowjetischen Jüdinnen und Juden, vor allem zu Beginn der Einwanderungswellen, für ihre Wiedergutmachungspolitik. Die Aufnahme der jüdischen Migrant_innen wurde zur Vermittlung des Sinnbilds eines aufgeklärten und toleranten Deutschlands genutzt. Es soll gezeigt werden, dass die BRD ihre Vergangenheit bewältigt hat. Öffentliche Diskurse in den Medien, Übergriffe auf Jüdinnen und Juden oder andere Vorkommnisse zeigen jedoch, dass Antisemitismus auch über 60 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein aktuelles Problem ist. Viele Stereotypen, wie zum Beispiel die Überzeugung, dass die Jüdinnen und Juden die Wirtschaft und die Kultur beherrschen, sind noch immer präsent. Darüber hinaus stellen verbale und tätliche Angriffe gegenüber Jüdinnen und Juden, denen eine rassistische wie antisemitische Motivation zu Grunde liegen, keine Seltenheit dar.

»Ja, gibt es genug Menschen die sagen ›Wann verschwinden Sie von Deutschland, sofort nach Hause‹. Mir hat eine Frau gesagt, [...] denke ich mir sie war Mitglied von dieser rechten Organisation, weil sie war so wirklich ... Hass. Sie hat nicht gesagt: ›Ich möge nicht die Juden.‹ So einfach Hass. [...] sie hat mir direkt gesagt: ›Wann verschwindest Du nach Hause? Wann fährst Du? Du nimmst meinen Platz!‹ Und ich bekomme... ›Nein‹, habe ich gesagt, ›Dein Platz nehme ich nicht. Und Du kannst nicht mit meinem Arbeitsplatz rechnen‹. Sie hat gesagt: ›Warum?‹. ›Kannst Du als Ärztin arbeiten?‹ Dann war sie ein bisschen schockiert. Ja, weil

Sie ... manche gucken auf uns wie Dumme, weil wir nicht so gut auf Deutsch sprechen. Das ist Vorurteil mancher Menschen: sind dumm diese Russen oder Juden.» (Swetlana Keller)

Ziele von rassistischen und antisemitischen Anschlägen sind außerdem jüdischen Gemeinden, Friedhöfe und Synagogen. Die zahlreichen Vorkommnisse der letzten Jahre führten dazu, dass es zu einer »internalisierten Vorsicht« (Kessler: 2003) unter den Jüdinnen und Juden gekommen ist. Viele vermeiden es ihre jüdische Zugehörigkeit in der Öffentlichkeit zu zeigen. Sie nehmen Abstand von jüdischen Traditionen, wie dem Tragen der Kippa oder dem Einhalten von jüdischen Feiertagen. Einige verschweigen nichtjüdischen Deutschen gegenüber gänzlich, dass sie Jüdinnen oder Juden sind.

»Ich kenne hier die schon lange zugewanderten Gemeindemitglieder, die wirklich Angst haben, dass die Nachbarn wissen, dass

sie Juden sind. Und [...] sie haben uns gebeten keine Post zu schicken, weil dann die Post von der Gemeinde aus [...] sie haben Angst.« (Alisa Beljajewa)

Frühe jüdische Migration nach Eretz Israel

Die Auswanderung der Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Eretz Israel verlief konträr zu der Migration nach Deutschland. Schon Ende des 18. Jahrhunderts folgten Tausende dem Spruch »*leshana haba'a yerushalaim*«, »*nächstes Jahr in Jerusalem*«, und ließen ihn Realität werden. Mit ihren idealistischen und sozialistischen Ideen setzten sie den Grundstein für den Staat Israel. Als Folge von Pogromen im Zarenreich reisten zwischen 1882 und 1903 rund 25.000 Jüdinnen und Juden nach Palästina und stellten damit die erste Aliyah, eine Migration nach Israel auf Basis eines zionistischen Grundgedankens, dar.



Frühe Migration

Die Motivationen der Emigrant_innen lagen weit auseinander. Gründe waren unter anderem die Hungerkrise 1869 in Litauen, hunderte Pogrome in den Jahren 1891 und 1914 sowie zionistische Überzeugungen. Die schlechte Situation der Jüdinnen und Juden brachte der Ausspruch des jüdenfeindlichen Funktionärs K.P. Pobedonoszew auf den Punkt: »Ein Drittel stirbt aus, ein Drittel emigriert und ein Drittel löst sich spurlos in der Bevölkerung auf« (Budnickij: 2008). Hierin zeigt sich außerdem, dass das Judentum nicht nur Aufgrund von Emigration und Assimilation, sondern auch durch staatliche Repressionen und gesellschaftlicher Diskriminierung aus dem Zarenreich verschwand (vgl. »JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL).

Die Oktoberrevolution 1917 führte zu einer veränderten Situation für die jüdische Bevölkerung in der SU. Wie Vetter in *Emanzipation und Diktatur. Die sowjetischen Juden und die politische Macht in den 1920er Jahren* feststellt, erhielten die Jüdinnen und Juden zwar den Status gleichberechtigter Bürger_innen, aber das Ausleben des »Jüdischseins« wurde ihnen bis zum Zusammenbruch der SU weiterhin erschwert. All dies sind Ursachen dafür, dass bis 1929 mehr als zwei Millionen Jüdinnen und Juden aus der UdSSR auswanderten.

Migration vor 1990

Als Grund für die Stellung eines Ausreiseantrags wurde auch immer wieder Antisemitismus angeführt. Viele Jüdinnen und Juden wollten sich den Zuständen nicht mehr aussetzen und wagten deshalb den Schritt der Emigration, auch wenn diese Entscheidung

Repressionen durch das sowjetische Regime nicht ausschloss. Antisemitismus in der SU war einerseits in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet, andererseits aber auch von staatlicher Seite initiiert.

»[...]in Sowjetunion, in den 70 Jahren sowjetische Macht herrschte auch staatlicher Antisemitismus, dass muss man ganz klar sagen. Viele haben es geschafft, irgendwie, auf Umwegen, dass beiseite zu schieben. Aber es gab so was und in vielen Familien sind nur Bruchstücke von jüdischer, von Judentum geblieben. In der Ukraine, in Weißrussland, sprach man teilweise Jiddisch, aber nur Großeltern. Und meine Generation, geboren 50er Jahre, sprach fast kein Jiddisch.« (Alisa Beljajewa)

»Wir wollten nicht, dass unsere Kinder das erleben, was auch ich erlebte habe und sind nach Israel ausgewandert.« (Jakow Chalfin)

Die Migration aus der SU war mit vielen persönlichen Opfern verbunden. So wurden zurück gebliebene Verwandte immer wieder mit Repressionen konfrontiert. Nicht wenige entschieden sich daher aus Rücksicht auf Verwandte dagegen, einen Ausreiseantrag zu stellen.

»Ich wollte aus der Sowjetunion schon in den 70er Jahren, aber ich konnte nie, weil meine Eltern 70er Jahre bei solchen Betrieben gearbeitet haben, wenn wir emigriert hätten, würden, dann hätten meine Eltern alles verloren.« (Alisa Beljajewa)

Im August 1972, nach einer größeren Welle von Emigrationen in die USA, Deutschland und Israel verschärfte die sowjetische Regierung die Ausreisebedingungen und verlangte eine sehr hohe »Diplomsteuer« von den Aus-



Alisa Beljajewa* ist 1952 in Leningrad, dem heutigen St. Petersburg, geboren.

In der Sowjetunion studierte sie Betriebswirtschaft. Gemeinsam mit ihren Eltern und ihrem Sohn immigrierte sie 1998 nach Deutschland. Hier ist sie seit einigen Jahren Sozialarbeiterin der jüdischen Gemeinde in Dresden. (* Name geändert)

reisewilligen, weshalb nur noch sehr wenige auswanderten. Zwar kippte das Gesetz Ende 1974 wieder, aber die Einschüchterung und Verfolgung Ausreisewilliger Jüdinnen und Juden hielten an (vgl. JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION).

Um den schwierigen Ausreisebedingungen zu trotzen und eine Einreise nach Israel zu ermöglichen, wurde die israelische Organisation *Nativ* gegründet. Die zum Teil geheime Einrichtung im Amt des israelischen Ministerpräsidenten unterstützte Jüdinnen und Juden bei der Migration aus der SU nach Israel. Allein 1969–1973 half Nativ rund 150.000 sowjetischen Jüdinnen und Juden bei der Aliyah.

Die weitere Emigrationsbewegung in den Jahren bis 1989 blieb vergleichsweise gering, aber konstant. Zwar entschied sich der Großteil der sowjetischen Emigrant_innen für die *Neshira*, die Migration in die USA, aber eine kontinuierliche Zahl wanderte bis zur Perestroika nach Israel ein. Ein Einwanderungsboom vollzog sich seit Ende des Jahres 1989.

Migration nach 1990

Der Zusammenbruch der SU beendigte die Isolation der sowjetischen Jüdinnen und Juden und löste eine massive Einwanderungswelle nach Israel aus, die bis heute anhält. Mehr als eine Millionen Jüdinnen und Juden sind seit 1990 aus den ehemaligen Gebieten der SU nach Israel immigriert.

Gründe für die Auswanderung waren, wie schon oben beschrieben, die Möglichkeit, ohne Repressionen auszureisen, der Zusammenbruch der sowjetischen Ökonomie, die ungewisse Zukunft und der weiterhin herrschende latente Antisemitismus.

»Ganze System ist in Bruch gegangen, es war keine Sozialversicherung, nichts war da und man musste sich irgendwie in diesem ganzen Chaos zu Recht finden.« (Alisa Beljajewa)

»Das war Probleme mit Gorbatschow usw.

und diese Probleme mit Markt vor ,90 und nach '90 Jahre. War dort mit Pogromen, ich habe selbst das überlebt, es war schreckliche Zeit.« (Anna Iljin)

Probleme bei der Integration

Wie Alisa Beljajewa in dem Zitat oben berichtet, brach der Großteil der sowjetischen Jüdinnen und Juden mit der Tradition. Wie K.P. Pobedonoszew prognostizierte, kam es zu einer Assimilierung des Judentums: zum Beispiel wurde nicht nach den Regeln des Shabbat gelebt und Jiddisch war nicht mehr die Muttersprache (vgl. »JÜDISCHSEIN« IN DER SOWJETUNION, DER BUNDESREPUBLIK UND IN ISRAEL). Dies führte zu Problemen bei der Integration der sowjetischen Migrant_innen. In den 1950er Jahren, in denen die Neuankömmlinge noch eng mit der jüdischen Tradition und Kultur verbunden waren, unterstützte die israelische Regierung sie sowohl in ihren wirtschaftlichen als auch kulturellen Bedürfnissen. Das Lernen im *Ulpan*, einem intensiven Hebräischkurs, der einen wichtigen Grundstein zur Integration in die israelische Gesellschaft legt, war ab den 1970er Jahren auf rein sprachliche Aspekte beschränkt. In den 1950er Jahren beinhaltete er noch weitere Themen, wie die Besonderheiten jüdischer Kultur und Religion oder die Geschichte des Staates Israels. Die Maßnahmen sollten dazu beitragen, dass die Neuankömmlinge einen stärkeren Bezug zu Israel entwickelten.

Von den über eine Million sowjetischen Immigrant_innen mussten viele weitere Hürden in Kauf nehmen. Das bedeutete oft ein sozialen Abstieg und Probleme mit der neuen, fremden Sprache. Besonders ältere Menschen hatten Schwierigkeiten bei der Integration in die neue Welt, die über Jahrzehnte erlangte Souveränität und Sicherheit ging verloren und es endete oft in Einsamkeit.

Die sprachliche und kulturelle Integration wurde in den 1950er Jahren noch intensiv von den *Ulpanim* geleistet. In den 1990er

Jahren, als hunderttausende assimilierte Jüdinnen und Juden aller Generationen durch Kettenwanderung nach Israel einreisten, konnten die Ulpanim diese Aufgabe nur noch schwer bewältigen.

»We had problems, with the language obviously, you had to learn it at the beginning and took me a while because I had Russian friends and I talked to them in Russian and obviously it didn't help to learn the language.« (Dima Kaplan)

Viele mussten ihren sozialen Status und ihren erlernten Beruf aufgeben, weil beispielsweise Abschlüsse nicht anerkannt wurden. So wurde aus einem Offizier der russischen Armee ein einfacher israelischer Soldat oder eine Lehrerin musste sich beruflich neu orientieren:

»Ich hatte in Russland eine hohe Position, eine sehr hohe. Ich kam nach Israel und arbeitete als ganz einfacher Arbeiter. Die erste Zeit war für uns sehr schwer [...]. Ich ging dann in die israelische Armee und musste eine Grundausbildung ablegen [...]. In Russland war ich Reserveoffizier und hier bin ich wieder als ganz einfacher Soldat in die Armee aufgenommen worden.« (Jakow Chalfin)

»She was a teacher than [in der SU] and she almost finished her degree in Russian literature [...] and obviously she has nothing to do with here and before that she was a music teacher and she couldn't get a job here.« (Dima Kaplan)

Durch die Migrant_innen aus den ehemaligen Staaten der SU wurde ein weiteres, bis dahin unbekanntes Problem nach Israel getragen.

»Es fällt schwer zu glauben, dass es in Israel Sympathisanten der Nazi-Ideologie geben kann, aber es ist eine Tatsache.« (Revital Almog, Bürgermeister von Petach Tikva) (Zitat in Erlanger, 2007)

2007 wurde eine Gruppe von russischen Einwanderern in *Petach Tikva*, der ersten jüdischen Bauernsiedlung im damaligen Palästina, festgenommen. Sie feierten den Geburtstag von Hitler und bedrohten ausländische Arbeiter_innen, Punker_innen, orthodoxe Jüdinnen und Juden, Homosexuelle und Drogenabhängige. Die Gründe für dieses Problem scheinen vielfältig, sind aber noch nicht ausreichend untersucht.

Auseinandersetzung mit der Shoah

Durch die fehlende Auseinandersetzung mit der Shoah in der Geschichtsschreibung der Sowjetunion besaßen die sowjetischen Jüdinnen und Juden kein kollektives Bewusstsein über die Shoah (vgl. JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION).

Ebenso gingen die Erzählungen der eigenen Familiengeschichte über die Jahre verloren. Auf Fragen nach den persönlichen Familiengeschichten während der Shoah kamen oft Antworten wie von Dima Kaplan:

»Wow, that's a very difficult question [...]. I don't know a lot of facts.«

In Israel wurden die sowjetischen Jüdinnen und Juden dann mit einem völlig anderen Geschichtsbild konfrontiert (vgl. DIE SHOAH IN DEN BESETZTEN GEBIETEN DER SOWJETUNION). Während in der SU der Sieg über Nazideutschland gefeiert wurde, standen in Israel die über sechs Millionen getöte-



Julia Reisman wurde in Vilnius (Litauen) geboren. Sie arbeitete als Lehrerin, bis sie 1992 nach Israel auswanderte. Sie lebt in Tel Aviv und arbeitet wieder als Lehrerin.

ten Jüdinnen und Juden sowie die verschiedenen Formen des jüdischen Widerstandes im Fokus der Geschichtsbetrachtung. Besonders für die ältere Generation war der Umgang mit dem neuen Geschichtsbild schwer, waren sie es doch, die in der Roten Armee gegen Nazideutschland gekämpft hatten.

Demzufolge feierten bald nach den ersten

großen Einwanderungswellen einige Veteran_innen am 9. Mai den *Tag des Sieges* in Jerusalem. Auf erste Irritationen folgten bald landesweite Diskussionen über ein würdiges Gedenken am *Tag des Sieges*. Im Jahr 1996 wurde der 9. Mai offiziell als nationaler Feiertag in Israel anerkannt.

Literatur:

Benecke, Werner (2006):

Militär, Reform und Gesellschaft im Zarenreich. Wie Wehrpflicht in Russland 1874 - 1914. Schöningh.

Budnickij, Oleg (2008):

Evrejskaja emigracija iz Rossii 1881-2005. Moskau.

Gilson, Jerome M. (1984):

Soviet-Jewish Emigration, 1971-80: An Overview. In: Freedman, Robert O.: *Soviet Jewry in the Decisive Decade, 1971-80.* Durham.

Goodman, Jerry (1984):

The Jews in the Soviet Union: Emigration and Its Difficulties. In: Freedman, Robert O.: *Soviet Jewry*

in the Decisive Decade, 1971-80. Durham.

Jasper, Willi/ Vogt, Bernhard (2000):

Integration und Selbstbehauptung. Russische Juden in Deutschland. In: Romberg, Otto (Hg.): *Juden in Deutschland nach 1945.* Bonn. S. 208 – 220.

Kessler, Judith (2003):

Beispiel Berlin. Jüdische Migration aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1990. www.berlin-judentum.de/gemeinde/migration.html, letzter Zugriff am 01.12.2009.

Kiesel, Doron (2004):

Zur Migration und Integration der

aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Juden in Deutschland. In: *Zur Geschichte und Kultur des osteuropäischen Judentums. Zeitschrift der Hochschule für jüdische Studien Heidelberg.* Nr. 14. Berlin. S. 75 – 108. Trumah.

Leshem, Eli (1993):

The Israeli Population and Attitudes of the Immigrants of the 1990s.

Mordecai, Naor (1998):

Eretz Israel, Könemann, Köln.

Vetter, Matthias (1997):

Emanzipation und Diktatur. Die sowjetischen Juden und die politische Macht in den 1920er Jahren. In: *Archiv für Sozialgeschichte* 37.





Neuregelung oder Einwanderungsstopp?

In den letzten vier Jahren haben sich deutlich weniger Jüdinnen und Juden aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (SU) in der Bundesrepublik niedergelassen als in den Jahren zuvor. Im Jahr 2008 sind insgesamt 1.198 Personen im Rahmen des Zuwanderungsverfahrens aus dem Gebiet der ehemaligen SU (ohne die baltischen Staaten) in die Bundesrepublik Deutschland eingereist.

Die Bundesrepublik erteilte 2008, auf Basis der neuen gesetzlichen Regelung, nur 60 Personen eine Aufnahmezusage. Ein Jahr vorher waren es sogar nur 14 Aufnahmezusagen.

Unter den 1.198 Personen sind 400 Eingewanderte als so genannte *Übergangsfälle II* definiert worden, weil eine gesetzliche Regelung fehlte. Die Betroffenen stellten ihre Aufnahmeanträge zwischen dem 1. Juli 2001 und dem 31. Dezember 2004. Der Rückgang ist vorrangig auf die Reform des Aufnahmeverfahrens zurückzuführen, teilweise aber auch auf ein nachlassendes Interesse nach Deutschland auszuwandern.

Bis die Neuregelung in Kraft trat, wurden 17.000 Aufnahmeanträge als *Übergangsfälle* verzeichnet. Die Einwanderungszahlen nach der Reform der Zuwanderung entsprechen einem Zehntel der durchschnittlich Zugewanderten bis 2004.

New immigration regulations revealing as a halt to immigration?

For the last four years, less Jews from the former *Soviet Union* have settled with their families in the Federal Republic than before. The former law on quota refugees, the so-called *HumHAG*, had been aimed at supporting and strengthening the Jewish communities. After a continuous immigration that had begun in 1991 on the basis of the „*quota regulation for the Soviet Jewry*“, with the new regulations it came to a halt now. After the amendment the requirements have become much restrictive. Actually, about 1.000 to 2.000 immigrants arrive annually in Germany. This amounts to one tenth of the annual immigration figures before 2004. The new legal framework offers worse chances for secular Jews to immigrate to Germany. Apparently, the initial objective, i.e. to strengthen the Jewish communities in Germany, is not pursued any longer.

Новые законы или прекращение иммиграции

За прошедшие четыре года в Федеративную Республику Германия переселились гораздо меньше еврейских семей из стран бывшего Советского Союза чем в предыдущие годы. Одной из целей бывшего «Закона о контингентах еврейских переселенцев» (Kontingentflüchtlingsgesetz/HumHAG) были поддержка и численное укрепление еврейских общин в Германии. Иммиграция евреев на основе «Закона о контингентах еврейских переселенцев», которая началась в 1991 году, практически почти полностью прекратилась. В настоящее время число переселенцев за год около 1000 - 2000 человек. Это значит – одна десятая по сравнению с их числом в годы до 1994 года. В результате новых законов шансы переселения в Германию для секулярных (нерелигиозных) евреев ухудшились. Кажется, что бывшая цель укрепления еврейских общин в Германии больше не играет никакой роли.

Alte Rechtslage

Im Frühjahr 1990 folgte die letzte gewählte Regierung der DDR einer Forderung des zentralen Runden Tisches und ließ Jüdinnen und Juden in einem erleichterten Verfahren einreisen. Diese Praxis wurde nach dem Vollzug der deutschen Einheit fortgeführt. Die Aufnahme jüdischer Zuwander_innen aus der ehemaligen Sowjetunion beruht seitdem auf einem Beschluss der Innenministerkonferenz vom Februar 1991. Diese Entscheidung erfolgte erst aufgrund des maßgeblichen Drucks von Seiten der Kirche und des Zentralrates der Juden in Deutschland. Das *Kontingentflüchtlingsgesetz (HumHAG)* zielte unter anderem auf den Erhalt und die Stärkung der jüdischen Gemeinden ab. Das bedeutete, dass jede Person, die nach ihrem religiösen Verständnis oder nach der in der Sowjetunion üblichen nationalen Definition »jüdisch« war, für sich und seine nichtjüdischen Angehörigen ersten Grades einen Aufnahmeantrag stellen konnte.

Seit 1990 kamen 220.000 Menschen als »jüdische Flüchtlinge« aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Diese Einwanderung veränderte nachhaltig und strukturell das Verhältnis in den jüdischen Gemeinden, auch wenn viele nicht sofort in den Gemeinden tätig wurden. Heute ist festzustellen, dass rund 80.000 dieser Einwander_innen inzwischen bei einer jüdischen Gemeinde angemeldet sind. 1990 waren von 29.000 Gemeindemitgliedern nur 1.000 russischsprachig, 2005 sind von nunmehr 108.000 Mitgliedern 98.000 russischsprachig.

Die Entwicklung bis zur Gesetzesänderung 2007

Im Jahr 2003 hat das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* das Verfahren für die Verteilung jüdischer Zuwander_innen auf die Bundesländer vom Bundesverwaltungsamt übernommen.

Ende 2004 hatten die Innenminister der Länder zusammen mit dem damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) be-

schlossen, die jüdische Zuwanderung zu begrenzen. Als Begründung wurde angeführt, dass zu wenige der Zuwander_innen Mitglieder einer jüdischen Gemeinde geworden sind und dass zu viele auf dauerhafte staatliche Hilfe, wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe angewiesen sind.

Mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 entfiel das HumHAG als Rechtsgrundlage. Jüdische Einwander_innen müssen seitdem auf der Rechtsgrundlage des Aufenthaltsgesetzes ihre Einreise und Aufnahme nach Deutschland beantragen. Dies erschwerte nunmehr den Einreiseprozess erheblich.

Die Veränderung trat ohne, eine dafür angemessene öffentliche Erklärung verlautbaren zu lassen, in Kraft. Die seit 1991 gängige Einwanderung im Rahmen der *jüdischen Kontingentflüchtlingsregelung* war somit faktisch zum Stillstand gekommen. Der Grund dafür war, dass neue Anträge wegen mangelnder Gesetzesgrundlage nicht bearbeitet wurden.

In einem Interview in der *Jüdischen Allgemeinen* vom 26. April 2007 spricht Dr. Dieter Graumann, der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, von einem Zuzugsstopp, der seit Anfang 2005 faktisch keine Zuwanderung mehr zuließe. Ab diesem Zeitpunkt wurden nach bisherigem Recht nur noch *Übergangsfälle I* abgearbeitet (Anträge, die vor dem 1. Juli 2001 gestellt und bis dato nicht geklärt wurden). Einwander_innen die ihren Antrag vom 1. Juli 2001 bis zum 31. Dezember 2004 gestellt haben, mussten nunmehr Anträge entsprechend der neuen Kriterien einreichen. Sie werden als *Übergangsfälle II* bezeichnet. In Bezug auf absolute Einwanderungszahlen erscheint die Situation ab 2004 recht unübersichtlich. Die Übergangsregelungen haben zum Teil jahrelange Verzögerungen bei der Bearbeitung gestellter Anträge verursacht.

Aktuelle Aufnahmeveraussetzungen

Mit der Gesetzesänderung wurden die Aufnahmekriterien wesentlich restriktiver.

Die Aufnahme erfolgt laut eines Berichts im Magazin *Der Spiegel* vom 24. Juli 2006 nach einem Punkte-System, mit Ausnahme von Opfern nationalsozialistischer Gewalt. Auf eine kleine Anfrage im Bundestag von *Bündnis 90/Die Grünen* hat die Regierung dies auch bestätigt (vgl. BT-Drs.: 16/2516).

Dabei müssen mindestens 51 von 105 möglichen Punkten für eine »positive Integrationsprognose« erreicht werden.

Unter anderem wird ein Hochschulabschluss mit 20 Punkten bewertet und die Mitarbeit in einer jüdischen Gemeinde mit zehn Punkten honoriert. Für gute Deutschkenntnisse bekommt man 25 Zähler.

Das neue Gesetz verlangt einen im Heimatort des Herkunftslandes absolvierten Sprachtest, der mindestens der Niveaustufe A1 des *Gemeinsamen Europäischen Referenzamtes für Sprachen* entspricht. Hinzu kommt, dass eine Zusage der *Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST)* vorliegen muss. Das bedeutet, dass eine Aufnahmemöglichkeit in einer jüdischen Gemeinde gewährleistet sein muss. Die jüdischen Gemeinden in Deutschland, auch die wenigen liberalen, richten sich nach der *Halacha*, also dem jüdischen Gesetz, und nehmen entsprechend nur als Mitglied auf, wer eine jüdische Mutter hat oder anerkannt konvertiert ist.

Am fragwürdigsten erscheint jedoch die »positive Integrationsprognose«. Zwar spricht Graumann, der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, in dem oben genannten Interview vom 26. April 2007 davon, dass bei der »Integrationsprognose« dem Aufnahmeverfahren die »schlimmsten Giftzähne« gezogen werden konnten. Im Jahr 2008 wurden nach der oben genannten Anfrage von *Bündnis 90/Die Grünen* von den 195 Anträgen mindestens 30 aufgrund einer »negativen Integrationsprognose« abgelehnt. Zwei Anträge wurden wegen mangelnden Nachweises der Sprachkenntnisse abgewiesen und acht Ablehnungen erfolgten wegen fehlender Zustimmung einer jüdischen Gemeinde (vgl. dazu BT-Drs.: 16/10826).

Entgegen der Aussage von Graumann ist

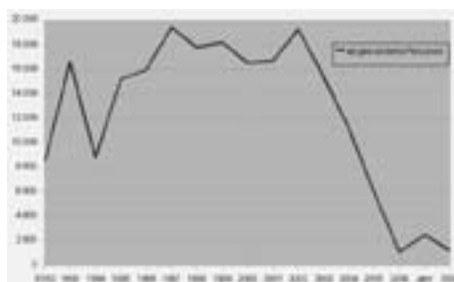
die »Integrationsprognose« mithin das Schwergewichtigste dieser drei Kriterien in Bezug auf die bereits erfolgten Ablehnungen.

Ergebnis der Neuregelung

Das Ergebnis war aber nicht, wie von den Behörden erwartet, dass die so genannten *Übergangsfälle II* neue Anträge ausfüllen und sofort 17.000 Anträge eingehen würden.

Vielmehr sollten es jetzt jährlich nur noch 1.000 bis 2.000 Menschen sein, die einwandern konnten. Das entspricht einem Zehntel der bis 2004 jährlich eingewanderten Personen.

Die Einwanderungszahlen der einzelnen Jahre sind in der folgenden Abbildung dargestellt:



Auf die oben genannte Anfrage der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen*, wie man dem quantitativen Rückgang der Einwanderung entgegenwirken könnte, antwortete die damalige Bundesregierung mit dem Argument, dass der Rückgang der Antragszahlen von der Bundesregierung so erwartet wurde. Er sei auf die stärkere Berücksichtigung der »Integrationsprognose« zurückzuführen.

Die restriktive Regelung führt eher dazu, dass weniger Menschen einen Aufnahmeantrag stellen werden, so auch der Migrationsforscher Pavel Polian.

Problematisch bleibt weiterhin, dass zwar die Innenministerkonferenz festgelegt hat, dass die Einwanderung – wie bisher – für Nachfahren jüdischer Mütter und Väter gelte, die jüdischen Gemeinden sich jedoch nach der *Halacha* richten. Dahingehend ist

die so genannte »großzügige Bemessung« des Gesetzes hinfällig. Dies bestätigt auch eine unserer Interviewpartner_innen.

»Nicht alle können in die Gemeinde eintreten, weil es gibt halachische Gesetze, und Deutschland sind die in vielen Gemeinde, nur Menschen, die eine jüdische Mutter haben, können in die Gemeinde eintreten. Das ist das Problem bei den Sowjetunion, egal ob Vater Jude, Mutter Jude hatte man Probleme.« (Alisa Beljajewa).

Die gesetzliche Forderung, dass die Antragsteller_innen nachweisen müssen, »jüdisch« zu sein, ist oftmals schwer oder gar nicht zu erfüllen.

»Weil, wenn eine Mutter eine Jüdin war und der Vater war ein Ukrainer haben sie alles Mögliche gemacht, auch zweite Geburtsurkunde beantragt, da haben sie gesagt, dass die erste irgendwie verloren ging, sie haben zweite Geburtsurkunde beantragt, so dass in Formalität alles Mögliche stand, aber nur nicht Jüdisch.« (Alisa Beljajewa).

In dem 28 Seiten langem Aufnahmeantrag müssen aber sämtliche Dokumente zum Nachweis einer jüdischen Identität vorgelegt werden. Dazu gehören auch die Geburtsurkunden der Eltern oder sogar ein »Nachweis einer nationalsozialistischen Verfolgung, soweit vorhanden«.

Durch den Zweiten Weltkrieg und die Shoah ist es vielen Jüdinnen und Juden unmöglich, die geforderten Dokumente vorzulegen.

Der Gesetzgeber fordert hier dennoch die Vorlage wider besseren Wissens.

Fazit

Mit der neuen Gesetzgebung haben säkulare Jüdinnen und Juden, dass heißt solche, die sich nicht als religiös verstehen, aber dennoch einen klaren weltlichen Bezug zum Judentum haben, weniger Chancen nach Deutschland zu immigrieren.

Mit der neuen Regelung wird das vormalige Ziel, nämlich die Stärkung der jüdischen Gemeinden in Deutschland zu fördern und



deshalb die Einreise zu erleichtern, komplett über Bord geworfen, da die Zuwanderung faktisch zum Erliegen gekommen ist.

Vielmehr können jetzt nur noch junge, gut ausgebildete Jüdinnen und Juden, die sich in einer Gemeinde engagieren, mit einer Aufnahmezusage für Deutschland rechnen.

Exkurs — Einwanderungsregelungen in Israel

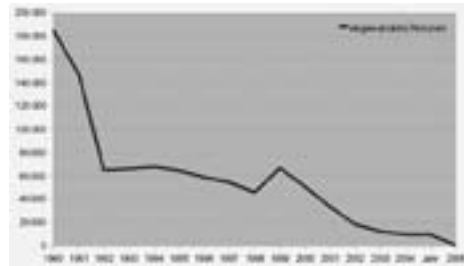
Die Grundlage der Einwanderungspolitik in Israel bildet das so genannte *Rückkehrgesetz* vom 5. Juli 1950 (*Law of Return*).

Darin manifestiert sich das Konzept eines jüdisch-zionistischen Staates, der es weltweit jeder Person jüdischer Herkunft bzw. jüdischen Glaubens erlaubt — ja sogar nahe legt —, in das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren. Wörtlich heißt es dort: »Jeder Jude hat das Recht, als Einwanderer nach Israel zu kommen« (*Law of Return*). Die Einwanderung – im Hebräischen *Aliyah* wird als »Rück-« oder »Heimkehr« und wörtlich als »Aufstieg« bezeichnet. Nachdem es in den 1950er Jahren, in Anbetracht der immensen Herausforderung bei der Integration, zu

Schwierigkeiten kam, wollte die Regierung schärfere Richtlinien einführen. In der Praxis waren sie jedoch nicht durchsetzbar.

Griff bereits das Rückkehrgesetz in seiner ursprünglichen Fassung über die halachische Definition der Zugehörigkeit zum Judentum hinaus, bezieht das Einwanderungsrecht seit 1970 auch Nicht-Juden ein, wenn sie über mindestens ein jüdisches Großeltern teil verfügen. Auch die Ehepartner erhalten einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Staatsbürgerschaft, egal, ob sie selbst Jüdinnen oder Juden sind.

Die Einwanderungszahlen sind in der folgenden Abbildung dargestellt:



Bundesministerium des Innern:
Anordnung des Bundesministeriums des Innern gemäß § 23 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes über die Aufnahme jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion mit Ausnahme der Baltischen Staaten vom 24. Juli 2007, www.bamf.de.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge:
Antrag auf Erteilung einer Aufnahmezusage des Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de.

Der Spiegel, Panorama (24. Juli 2006):
Punktecatalog für Juden, S. 16.

Jasper, Willi/ Vogt, Bernhard (2000):
Integration und Selbstbehauptung. Russische Juden in Deutschland. In: Romberg, Otto (Hg.): *Juden in Deutschland nach 1945*. Bonn. 208–220.

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bundestag vom 15. August 2006/

19. März 2008/ 21. Oktober 2008.
www.bundestag.de.

Runge, Irene (August 2008):
Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende? In: *RLS Standpunkte*.

Zentralrat der Juden (26. April 2007):
»Wir heißen jeden herzlich willkommen«. In: *Jüdische Allgemeine* Nr. 17.



Nina Schtschukin wurde in Pinsk (Weißrussland) geboren. (Mutter von Dima Kaplan)

Sie arbeitete bis zu ihrer Immigration als Musik- und Russischlehrerin. 1991 wanderte sie nach Israel aus. Nach mehreren Jahren als Reinigungskraft wurde ihr Diplom anerkannt und sie konnte ihre Tätigkeit als Lehrerin wieder aufnehmen. Sie lebt in Tel Aviv.



»Jüdischsein« in der Sowjetunion, der Bundesrepublik und in Israel

Der Beitrag behandelt »Jüdischsein« von russischsprachigen Juden und Jüdinnen sowohl in der Sowjetunion (SU) wie auch nach deren Migration in der Bundesrepublik Deutschland und in Israel. Dabei nehmen wir an, dass es nach der Migration eine Veränderung der Bedeutung des Judentums und des eigenen »Jüdischsein« gibt, die durch die (Politik der) Aufnahmeländer Deutschland und Israel bedingt zu sein scheint.

Wir sprechen hierbei von »Jüdischsein« und nicht von »jüdischer Identität«. Das hat folgende Gründe: »jüdische Identität« ist, wie schon bei Brubaker und Cooper (2000) oder auch Niethammer (2000) beschrieben, ein sehr unkonkreter Begriff, der bei den Juden und Jüdinnen aus der SU sowohl die (staatliche) Zuschreibung wie auch die persönliche Zuordnung meinen kann. Zusätzlich suggeriert der Begriff, dass eine konstante und einheitliche kollektive »jüdische Identität« vorhanden ist. Dagegen hoffen wir, mit »Jüdischsein« die Frage beantworten zu können, was die einzelnen Menschen zum jeweiligen Zeitpunkt mit ihrer jüdischen Herkunft verbinden, immer in Beachtung dessen, dass Fremdzuschreibungen einen Einfluss haben können. Wir verwenden »Jüdischsein« aber nicht nur im engeren Sinne von Gelebtwerden jüdischer Religion oder Tradition, weshalb der Begriff in Anführungszeichen gebraucht wird. Die genauere Bestimmung ergibt sich durch die Erzählung der Interviewten. Es sei noch angemerkt, dass keine Interviews mit denjenigen geführt wurden, die zwar jüdischer Herkunft sind, sich aber in keiner Weise mit dem Judentum beschäftigt haben.

»Jewishness« in the Soviet Union, Federal Republic of Germany and in Israel

The topic of the contribution is »Jewishness« of Russian speaking Jews both in Soviet Union and after migration in the Federal Republic of Germany and in Israel. We can show, that after migration follows a change of the importance of Judaism and the own »Jewishness«, which is varying between both countries of destination. Simultaneously the interviews shows, independent from the countries, a plurality of understanding »Jewishness«: special achievement as well as celebration of holidays and the straight observance by religious rules.

Понятие »Быть евреем« в Советском Союзе, в Федеративной Республике Германии и в Израиле

Статья посвящена вопросу самооценки »быть евреем« как во время жизни русских евреев в Советском Союзе, так и после их миграции в Германию или в Израиль. При этом показывается, что после миграции чувство »быть евреем«, значение иудаизма различно изменились в зависимости от страны, в которую эмигрировали. Кроме того наши интервью показали независимо от страны иммиграции многообразие чувств »быть евреем«: и особые заслуги, и отмечание разных праздников, а также строгое соблюдение религиозных правил.

Als erstes werden wir auf die Situation des »Jüdischseins« in der Sowjetunion sowie in den Nachfolgestaaten der SU eingehen. Darauf folgt eine Diskussion des Umgangs mit dem »Jüdischsein« von russischsprachigen Migrant_innen in jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik sowie im Land Israel.

Wie schon im Text JÜDINNEN UND JUDEN IN DER SOWJETUNION VON 1941 BIS 1990 UND DER UMGANG MIT DER SHOAH IN DER SOWJETUNION beschrieben, wurde Judentum in der Sowjetunion als Nationalität verstanden. Eine Nationalität, die vielen Repressionen und Diskriminierungen ausgesetzt wurde, was eine starke (erzwungene) Assimilation von der jüdischen Bevölkerung zur Folge hatte. In den Familien kam es dadurch nicht nur zum Verschweigen des Holocausts (vgl. EMIGRATION AUS DER SOWJETUNION), sondern auch oft des »Jüdischseins«:

»Wissen Sie, nein – wir haben nie gesprochen wegen Nationalität, das war Tabu, ein Tabu.« (Anna Iljin)

»Weil, wenn eine Mutter eine Jüdin war und der Vater war ein Ukrainer haben sie alles Mögliche gemacht, auch zweite Geburtsurkunde beantragt, da haben sie gesagt, dass die erste irgendwie verloren ging, sie haben zweite Geburtsurkunde beantragt, so dass in Formalität alles Mögliche stand, aber nur nicht Jüdisch.« (Alisa Belajewa)

Andererseits gab es viele Juden und Jüdinnen, die sich nicht von ihrer Herkunft abgrenzten, dafür aber von der jüdischen Tradition und Religion:

»Eigentlich – muss ich ehrlich sagen – ich bin so erzogen, mein Vater war auch Kommunist. Das war absolut verboten über Religion, jüdische Religion ... und ich bin so erzogen, dass wenig Ahnung über meine Religion.« (Swetlana Keller)

Es kann gesagt werden, dass es zwar die Zuschreibung »Jude und Jüdin zu sein« gab, aber nicht das eigene positive Identifizieren als »Jüdisch«, was deutlich mit negativen As-

soziation zusammen hängt:

»Ich war nie stolz, dass ich Jüdin bin, weil ich habe nie gewusst, aber warum muss ich stolz sein. Ich sehe nur Hass, Erniedrigung.« (Swetlana Keller)

Außerdem kann nicht von einer gelebten jüdischen Tradition gesprochen werden, stattdessen eher von einem Verlust der Bindung zum Judentum. Trotzdem gab es Juden und Jüdinnen, die Religion und Tradition in der SU weiter wach hielten und oft, so auch bei unseren Interviewpartner_innen, waren es diejenigen, die schon vor 1989 nach Israel ausreisten.

»[...] when I was in Lithuania, where I know that I'm a Jew because we speak Yiddish and we didn't afraid to say that we are Jews.« (Riva Matook)

Im Zuge der Perestroika kam es einerseits zu judenfeindlichen Begleiterscheinungen, andererseits auch zu Liberalisierungen und dem Ende der offiziellen Repressionen gegenüber Juden und Jüdinnen. In den Nachfolgestaaten der Sowjetunion entstanden, vor allem mit Hilfe von internationalen Organisationen, (wieder) jüdische Gemeinden, Kindergärten, Schulen und andere jüdische Einrichtungen. Diese Veränderungen in der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten spielen aber nur für eine unserer Interviewten aus Litauen eine Rolle:

»So gab es z.B. Ende der 80er Jahre 1989/90, so in den letzten Jahren in der SU Hebräisch- Schulen, Hebräisch-Kurse zum Beispiel, die Sonntags abgehalten wurden und wo man Hebräisch lernen konnte. Das war aber keine Selbstverständlichkeit, sondern wirklich das Ergebnis langer Bemühungen.« (Julia Reisman)

Viel entscheidender war aber die Tatsache, dass Juden und Jüdinnen ohne Repressionen befürchten zu müssen, auswandern konnten, weshalb in den 1990er Jahren viele den, teilweise lang gehegten, Entschluss fassten zu emigrieren (vgl. EMIGRATION AUS DER SOWJETUNION).

In vielen Fällen wird die sowjetische Definition des Judentums als »angeborene Nationalität« oder sogar die sowjetische Konstruktion der »biologischen Nationalität« im Aufnahmeland beibehalten. Weiterhin werden Repressionserfahrungen tradiert und dadurch mit »Jüdischsein« der Zwang, besser als andere zu sein, verbunden. Oft mündet das in akademischen Ausbildungen der Migrant_innen:

»Jüdische Kinder schon von Geburt an wissen, noch von Russland wissen: ich muss zehn mal klüger sein, um etwas zu schaffen, weil das ist wegen Diskriminierung. Ich kann nicht wie alle anderen Bier trinken und hoffen das etwas... Ich muss wirklich kämpfen. Also dieser Kampf um Überleben, dass ist im Blut bei uns.« (Swetlana Keller)

Die Immigrant_innen kommen als »nationale Juden und Jüdinnen« in die Bundesrepublik Deutschland (vgl. **NEUREGELUNG ODER EINWANDERUNGSSTOPP?**) Hier treffen sie gleichzeitig auf die staatliche und öffentliche Erwartung, sich als religiöse Juden und Jüdinnen zu verhalten und in die jüdischen Gemeinden einzutreten – was knapp die Hälfte der Migrant_innen erfüllte. Die von uns interviewten Personen werden tatsächlich in der jeweiligen jüdischen Gemeinde aktiv und verändern ihre Sichtweise auf ihr Judentum. Grundsätzlich bewirkt der Wegfall der Restriktionen, aber auch die Aufnahme in die jüdischen Gemeinden, eine Auseinandersetzung mit der eigenen Herkunft. Wie die folgenden Interviews zeigen, kann das mit oder ohne Bezug auf die Religion geschehen:

»Ich kann nicht sagen, dass ich besonders religiös bin, ich sage immer, dass mein Sohn für uns alle, aber in meine Familie wurde klar und deutlich darüber gesprochen, dass wir jüdisch sind, dass es mit bestimmten Restriktionen verbunden ist, dass jüdische Menschen viel auch in der Geschichte geleistet haben und das unser Volk so eine große Geschichte und große Tradition hat. Diese Dinge.« (Elisa Beljajewa)



»Wir sind neugierig zu verschiedenen Sachen, besonders zu Religion. Habe ich vorher nicht gewusst, habe ich jetzt gelesen. Jetzt denk ich mir: warum ist das so alles interessant für mich. Das habe so einfach selbst gelesen, gelernt. Und, je mehr lese ich, desto mehr interessant ist. Ich vergleiche mit anderen Religionen und deswegen plötzlich bin ich Person geworden, welche für Studenten, Schule diese Vorträge macht.« (Sweetlana Keller)

In Israel ergaben sich die ersten wichtigen Berührungen der Migrant_innen aus der SU mit der jüdischen Kultur und Religion in der öffentlichen Sphäre: durch Besuchen von Sprachkursen, dem Nachgehen von Arbeit sowie durch die Schulpflicht der Kinder. Eine besonders wichtige Stellung nahmen dabei die Feiertage ein, die ihnen, im Unterschied zu der Zeit in der SU, durch das öffentliche Begehen bekannt und bewusst geworden sind. Besonders für die jungen Menschen eröffnete sich durch das Erfahren und Verstehen von Feiertagen und religiösen Ritualen eine neue Perspektive auf das »Jüdischsein«.

»Culture tradition [...] I could say that in Russia I didn't know Jewish culture and Jewish traditions. I didn't know nothing about traditions of Jews, Jewish traditions, nothing. Only here I learned.« (Vera Abramow)

»Ich wollte unbedingt dieses Fest feiern. Ich wollte eben nicht irgendwie verdeckt diesen Festtag begehen.« (Nina Schtschukin)

Wir können aus den Interviews aber auch erkennen, dass durch das Leben in einem jüdischen Staat zwar ein stärkeres Bewusstsein für die jüdischen Wurzeln und Traditionen entsteht, die Migrant_innen aber nicht notwendiger religiös oder religiöser werden. Die folgenden Zitate zeigen, wie zwischen religiöser Tradition, die zugleich auch die jüdische Tradition ist, und Religiössein unterschieden wird:

»...we are not religious, but I think the basic thing that people do here is Jom Kippur and we do that also. I can't say that we prac-

tise our religion.« (Dima Kaplan)

»I am not religious – I know traditions but Shabbat [N. wechselt abermals ins Russische: Wir begehen den Shabbat nicht, denn wir sind nicht religiös. Aber] alle Feiertage [wie Yom Kippur] werden bei uns in der Familie begangen.« (Vera Abramow)

Während das Judentum als Nation und Tradition betrachtet wird, bleibt eine starke Verbindung zur russischen Kultur erhalten. Zum Beispiel hat sich in der von uns besuchten Stadt Ashdod eine starke russische Infrastruktur entwickelt:

»We live in Ashdod and there are many Russian shops and Russian newspapers and music and there are even a full Israeli-Russian TV station« (Lew Chuchman)

Lew Chuchman, ein in Israel geborener junger Mann von emigrierten Eltern aus der SU, erzählte uns weiter, dass neun von zehn Anwohnern auf der Straße russisch sprechen, aber dass trotzdem alle patriotisch seien und sich mit Israel identifizieren:

»It [Israel] is our country, it is our land, it is our homeplace. But and they also have a long (...) Russian tradition.«

In beiden Ländern ist das Phänomen zu finden, dass viele Migrant_innen nicht nur religiös werden, sondern sich für den orthodoxen Weg entscheiden, was zum Beispiel für einen Sohn einer Interviewpartnerin in Deutschland zutrifft:

»Mein Sohn hat hier Gymnasium absolviert, und studiert zurzeit Wirtschaftsrecht in Berlin, ist sehr religiös geworden, aber Studium, religiöses Studium, geheiratet, alles.« (Alisa Beljajewa)

Bei vielen findet die Auseinandersetzung mit dem Judentum auch über die Aufarbeitung der Familiengeschichte statt, was aber schon im Thema der Geschichtsbilder behandelt wird (vgl. VOM FRAGMENT DER ERINNERUNG ZUM GESCHICHTSBILD).

Anknüpfend an die Ergebnisse von Ben-Rafael et al. (2006) kann gesagt werden, dass

die Migrant_innen, die in Deutschland in jüdische Gemeinden eintreten, sich mehr mit der jüdischen Religion auseinandersetzen, als die Jüdinnen und Juden, die nach Israel emigrieren, wo das »Jüdischsein« staatlich definiert ist. Dafür spricht auch ein Zitat von einer Interviewpartnerin aus Israel:

»Freunde von mir leben jetzt in Deutschland, sind nach Deutschland ausgewandert. Sie waren jetzt dieses Jahr auch zu Besuch zu mir. Und was interessant ist, ist dass sie in Deutschland die religiösen Traditionen stärker beachten als in Litauen.« (Julia Reisman)

Die Auseinandersetzung mit dem eigenen »Jüdischsein« hat demnach verschiedene Dimensionen, die von unterschiedlichen Dingen abhängig sind: zum Beispiel von den gerade beschriebenen Bedingungen im Aufnahmeland, davon wie lange jemand in

Israel oder der Bundesrepublik lebt, wie alt die Person bei der Migration war oder ob im Herkunftsgebiet jüdische Traditionen gelebt wurden. Gleichzeitig spielt für die Migrant_innen die russische Kultur eine wichtige Rolle. Das Anknüpfen an diese kann gleichwertig neben der Bedeutung des »Jüdischsein« stehen, aber auch stärker oder schwächer sein.

Literatur

Ben-Rafael, Eliezer/ Lyubansky, Mikhail/ Glöckner, Olaf/ Harris, Paul/ Israel, Yael/ Jasper, Willi/ Schoeps, Julius (2006): *Building a Diaspora. Russian Jews in Israel, Germany and the USA*. Leiden.

Bernstein, Julia (2009): *Jüdische Identität bei ex-sowjetischen Migranten in Israel und Deutschland. Eine ethnographische Studie*.

In: Fleermann, Bastian/ Schrader, Ulrike [Hrsg.]: *Jüdischer Alltag. Geschichte und Kultur der Juden im Bergischen Land von 1500 bis zur Gegenwart*, Wuppertal, S. 166–175.

Brubaker, Rogers/ Cooper, Frederick (2000): »Beyond Identity«.

In: *Theory and Society* 29, S. 1–47.

Eulitz, Melanie (2007): *Die jüdische Gemeinde in Leipzig*

und die jüdischen Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion – Zum Verhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern.

Diplomarbeit, Universität Leipzig, Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie, Institut für Soziologie.

Niethammer, Lutz (2000): *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*. Hamburg.



Jakow Chalfin ist 1946 in Usbekistan geboren. (Vater von Milana Reuven Chalfin)

In der Sowjetunion machte er eine Ausbildung zum Elektromonteur und erwarb einen hohen Rang in der Roten Armee. 1978 immigrierte er von Belz (Moldawien) über Wien nach Israel. Er lebt heute mit seiner Familie in Ashdod und arbeitet in seinem Beruf.

Glossar

Aktion Reinhardt (auch Aktion Reinhard)

ist der Tarnname für die systematische Ermordung aller Jüdinnen und Juden sowie Roma des Generalgouvernements (dem deutsch besetzten Polen) zwischen Juli 1942 und Oktober 1943. Etwa zwei Millionen Jüdinnen und Juden sowie rund 50.000 Roma aus dem Generalgouvernement und westeuropäischen Ländern wurden in den drei Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka ermordet.

Die »angefallenen« Wertsachen (Edelsteine, Gold, Devisen) und die abgenommene Habe (Uhren, Brillen usw.) der getöteten Menschen wurde von den Nazis mit rund 180 Mio. RM angegeben.

Alijah (auch Alija; wörtlich: Aufstieg)

bedeutete im Hebräisch der Antike »Hinaufziehen« zum Tempel in Jerusalem im Sinne einer Wallfahrt. Mit Ende des 19. Jahrhunderts gewann der Ausdruck eine neue Bedeutung und bezeichnet heute die jüdischen (zionistischen) Immigrationswellen nach Palästina beziehungsweise nach Israel.

Außerordentliche Staatskommission zur Untersuchung der deutsch-faschistischen Verbrechen

bestand von 1942 bis 1948, um die Verbrechen der Nazis und ihrer Kollaborateure zu dokumentieren. In den Berichten örtlicher Kommissionen sind Berichte zum Massenmord an der jüdischen Bevölkerung zu finden — in den Resümees der Kommissionen in den Provinzen und Republiken finden sich dagegen nur noch die »sowjetischen Bürger« als Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges.

Bar Mitzwa/Bat Mitzwa,

die Mehrzahl B'nei Mitzwa, heißt übersetzt Sohn/Tochter des Gesetzes. Im Alter von 13 Jahren liest ein Junge am Shabbat nach seinem Geburtstag zum ersten Mal in der Synagoge aus der Gesetzesrolle. Ein jüdisches Mädchen wird im Alter von 12 Jahren, im liberalen Judentum mit 13 Jahren, volljährig. Die Bar Mitzwa ist das Zeichen der Religionsmündigkeit und wird meist in den Familien mit einer großen Feier begangen.

Chanukka

ist das jüdische Lichterfest. Acht Tage lang wird jeden Abend eine Kerze des Chanukka-Leuchters (*Menora*) angezündet. Chanukka wird im Gedenken an die Wiedereinweihung des zweiten Tempels in Jerusalem im Jahr 164 v. Chr. begangen.

Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag (sog. Hitler-Stalin-Pakt)

wurde am 23. August 1939 zwischen Deutschland und der UdSSR geschlossen, mit der Verpflichtung zu gegenseitiger Neutralität bei Auseinandersetzungen mit einem Dritten. In einem Geheimen Zusatzprotokoll (bis 1989 von der UdSSR bestritten) wurde das westliche Polen und Litauen der deutschen Interessensphäre, Finnland, Estland, Lettland, das östliche Polen und Bessarabien der sowjetischen zugewiesen. Der Vertrag erleichterte dem nationalsozialistischen Deutschland den Überfall auf Polen und bannte für den späteren Westfeldzug zunächst die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Am 22. Juni 1941 brach Deutschland mit dem Überfall auf die UdSSR den Vertrag.

Großer Vaterländischer Krieg

ist die Bezeichnung für den deutsch-sowjetischen Krieg, die mit dem Bruch des Nichtangriffspakts zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion durch den Überfall auf die UdSSR am 22. Juni 1941 begann. Der Name wurde propagandistisch in Anlehnung an den siegreichen Vaterländischen Krieg von 1812 gegen Napoléon gewählt.

GuLag

ist die Hauptverwaltung des stalinistischen Straflagersystems in der UdSSR. Umgangssprachlich wird die Bezeichnung für die sowjetischen Straf- und Zwangsarbeitslager verwendet.

Halacha

ist der Name des rechtlichen Teils der Überlieferungen des Judentums. In diesen Verhaltensregeln für das gesamte Leben der Gläubigen aus dem schriftlichen Kanon der Thora spiegeln sich die unterschiedlichen Meinungen der Rabbiner, Weisen und Gelehrten wider.

Jom Kippur

ist der jüdische Versöhnungstag und gleichzeitig der wichtigste jährliche Festtag im Judentum. Im jüdischen Kalender beginnt der Versöhnungstag bei Sonnenuntergang vor dem 10. *Tischri* (d.h. September/Oktober) und dauert bis zum nächsten Sonnenuntergang.

Jom-Kippur-Krieg

Nachdem die Versuche Ägyptens gescheitert waren, die Sinai-Halbinsel gemäß der Abkommen von 1967 zurück zu bekommen, begannen die Vorbereitungen eines erneuten Krieges. Mit einem Überraschungsangriff am höchsten jüdischen Feiertag – Jom Kippur – griffen die Armeen Ägyptens und Syriens Israel an. Im Verlauf des Krieges sendeten auch der Irak, Saudi Arabien, Kuwait, Jordanien, Tunesien, Marokko und Algerien militärische Einheiten und Waffen. Die Sowjetunion lieferte Waffen an arabische Staaten. Dies bewegte die USA zu Lieferungen an Israel. Militärisch hat Israel den Krieg klar gewon-

nen. Aufgrund der gescheiterten Diplomatie in den Jahren zuvor und der hohen Verluste wurde der Krieg in Israel jedoch sehr kritisch betrachtet.

KGB

die russische Abkürzung für »*Komitee für Staatssicherheit*«, ab 1954 Name des sowjetischen Geheimdienstes.

Matzen

sind flache, ungesäuerte Brotfladen, die ohne Hefe aus Wasser und Getreide gebacken werden.

NKDW

die russische Abkürzung von »*Volkskommissariat des Innern*«, der sowjetischen politischen Geheimpolizei (1934-46).

Perestroika

(deutsch Umbau, Umgestaltung, Umstrukturierung) bezeichnet den von Michail Gorbatschow ab März 1985 vorsichtig und ab Anfang 1986 eingeleiteten Prozess zum Umbau und zur Modernisierung des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion.

Pessach

erinnert als eines der zentralen Feste des Judentums an den Auszug aus Ägypten, also die Befreiung der Israeliten aus der dortigen Sklaverei. Die Nacherzählung (*Haggada*) verbindet jede neue Generation mit ihrer Ursprungsgeschichte. Das Pessach wird als Familienfest mit verschiedenen Riten gefeiert, darunter dem Seder und dem einwöchigen Verzehr von Matzen. Deshalb heißt es auch »*Fest der ungesäuerten Brote*«.

Purim

ist ein Fest, das an die Errettung des jüdischen Volkes aus drohender Gefahr in der persischen Diaspora erinnert.

Rat der Volkskommissare

war das oberste ausführende und gesetzgebende Organ der Sowjetunion.

Rosch ha-Schana

ist der jüdische Neujahrstag. Die Mischna, die wichtigste Sammlung religiöser Überlieferungen des rabbinischen Judentums, legt dieses Fest als Jahresbeginn und für die Berechnung von Kalenderjahren fest.

Sowinformbüro

Sowjetisches Informationsbüro, war das parteipolitische Organ der Massenmedien und Informationsverbreitung (1941-1961).

Shabbat

ist im Judentum der arbeitsfreie siebte Wochentag, der jede Arbeitswoche abschließt. Er wird in der hebräischen Bibel, dem Tanach, auf Gottes Ruhe nach der vollendeten Schöpfung zurückgeführt. Gläubige Jüdinnen und Juden feiern den Shabbat ab Freitagabend bis Samstagabend nach Eintritt der Dunkelheit.

Shoah

(wörtlich: »Zerstörung«, »große Katastrophe«) ist die hebräische Bezeichnung für den systematischen Massenmord an etwa sechs Millionen Jüdinnen und Juden und der jüdischstämmigen Bevölkerung Europas im Nationalsozialismus. Er umfasst die schrittweise Entrechtung der Jüdinnen und Juden seit 1933, ihre Enteignung, Deportation, Ghettoisierung bis zu den systematischen Massenerschießungen und Vergasungen in den Vernichtungslagern.

Shoah steht neben dem weiterhin verwendeten und synonym verstandenen Begriff *Holocaust*. Dieser beinhaltet die systematische und massenhafte Ermordung mehrerer nichtjüdischer Gruppen, wie Sinti und Roma, Homosexuelle, behinderte Menschen und sowjetische Kriegsgefangene.

In der BRD hat sich die Bezeichnung Holocaust für die Shoah überwiegend durchgesetzt. Die Nationalsozialist_innen selbst verwendeten den euphemistischen Tarnbegriff »Endlösung der Judenfrage«.

Simchat Thora (hebräisch »Freude über die Thora«)

ist ein jüdisches Fest im Anschluss an das Laubhüttenfest, an dem der jährliche Zyklus der Thoralesung im Synagogengottesdienst endet und neu beginnt. Der Tag wird mit fröhlichen Umzügen gefeiert.

Sukkot

ist das Laubhüttenfest, ein jüdisches Pilgerfest oder Wallfahrtsfest. Es wird im Herbst acht (in der Diaspora) oder sieben Tage lang (in Israel) gefeiert.

Sechs-Tage-Krieg

Im Juni 1967 kam die *israelische Armee* (IDF) einem angekündigten Angriff arabischer Armeen aus Ägypten, Syrien, Jordanien und weiteren arabischen Staaten zuvor. Durch den Überraschungsangriff am 5. Juni konnte die IDF die gegnerischen Armeen innerhalb von sechs Tagen besiegen. Als Ergebnis des verlustreichen Krieges hatte Israel die Halbinsel Sinai, das Westjordanland und die Golanhöhen erobert. Das zuvor geteilte Jerusalem war nun unter israelischer Kontrolle. Mehr als 300.000 Palästinenser_innen flohen nach Jordanien.

Wannseekonferenz

Am 20. Januar 1942 fand eine Zusammenkunft oberster Reichs- und NSDAP-Dienststellen statt. Es wurde über die »*Endlösung der Judenfrage*« gesprochen, dem getarnten und bereits weit fortgeschrittenen Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Das *Reichssicherheits-Hauptamt* (RSHA) informierte über das Gesamtvorhaben, stellte dessen Ausweitung und Grenzen klar und versicherte sich der rückhaltlosen Mitwirkung aller Geladenen und der von ihnen geleiteten oder vertretenen Dienststellen. Keiner der Anwesenden hatte Einwände gegen den Mordplan.

Weitere Begriffserklärungen gibt es beim haGalil Lexikon unter:

<http://www.hagalil.com/lexikon>







Ortsregister

Danksagung/ Acknowledgement



Wir möchten uns ganz herzlich bei den Menschen bedanken, die sich für unser Projekt und unsere vielen Fragen Zeit genommen haben und uns an ihren Erfahrungen und Erlebnissen teilhaben ließen. In erster Linie gilt dieser Dank den Interviewpartner_innen in Israel und der Bundesrepublik.

Besonders gedankt sei an dieser Stelle unseren Gastfamilien in Israel, die uns freundschaftlich aufnahmen. Wir haben die gemeinsamen Stunden sehr genossen!

Wir möchten uns ganz herzlich für die Unterstützung bei unseren israelischen Kooperationspartner_innen bedanken. Zu allererst bei Rina und Shmulik Lahar und der Organisation *I & Eye*, die uns eindrucksvolle Tage mit vielen bewegenden, nachdenklichen aber auch unbeschwerten Begegnungen in Israel ermöglichten.

Toda raba!

Herzlichen Dank auch an den Busfahrer und seine vielen Telefone!

Wir bedanken uns auch für die unkomplizierte und vertrauensvolle Unterstützung der Jüdischen Gemeinde Dresden und Dessau und ihrer Mitarbeiter_innen.

Wir bedanken uns beim Soziokulturellen Zentrum *Conne Island*, ohne das es dieses Projekt nicht gegeben hätte. Vielen Dank auch an den *StudentInnenrat der Universität Leipzig* für die Unterstützung. Für das kurzfristige zur Verfügung stellen von Arbeitsräumen danken wir dem Leipziger Büro der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und der *Gesellschaft für Völkerverständigung*.

Allen nicht Genannten danken wir auch für die Unterstützung.

Gefördert im Rahmen des Förderprogramms der *Geschichtswerkstatt Europa* aus Mitteln der Stiftung *Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*.

We would like to thank all the people who supported our project answering our questions and who shared their experiences and memories with us. First and foremost we thank our interview partners in Israel and Germany.

Also, we are very obliged to our host families in Israel for their warm and friendly hospitality. We enjoyed the hours we spent together very much!

We want to express our thanks for all the support to our Israeli cooperation partners. In the first place we would like to mention Rina and Shmulik Lahar as well as the organization *I & Eye*. They provided us with impressive days and made the many moving, thoughtful and also light-hearted meetings in Israel possible.

Toda raba!

Also to our bus driver and his uncountable mobile phones, thank you very much!

Furthermore, we thank the staff of the Jewish community in Dresden and Dessau for their uncomplicated and confiding support.

This project would not be possible without the help of the Social-Cultural Centre *Conne Island*. Thank you to the Student's Union at the University of Leipzig for the support. And to the Leipzig branch of the *Rosa Luxemburg Foundation* and the *Gesellschaft für Völkerverständigung* for letting us work at their seminar rooms.

Everyone involved in our project and not named here, thank you for your help.

Funded by the program of the *Geschichtswerkstatt Europa* from funds provided by the foundation *Remembrance, Responsibility and Future*

